

Arbeitsakte

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Rügeverfahren RAK Köln und Haftungsklage Habernau

berufsrecht-ki-rugekomitee-anwaltskammer-koeln-mandant-richtl-dr-rotbruch

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (5)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01_mandatsuebernahme_rotbruch_doppelmandat_brao.md

01 Mandatsübernahme und Doppelmandat-Problematik — RA Dr. Friedhelm Rotbruch

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Aktenzeichen intern: RB-2022-0147

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Mandatsübernahme Habernau

RA Dr. Friedhelm Rotbruch, Rechtsanwalt (Einzelkanzlei, Schwerpunkt Familienrecht), Breite Str. 112, 50667 Köln, übernahm am 3. März 2022 das Mandat der Mandantin Ulrike Habernau (geb. 1978) im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Ehevertrags mit ihrem damaligen Verlobten Hans-Dieter Habernau (geb. 1973). Die Beratung erstreckte sich auf sämtliche güterrechtlichen, unterhalts- und versorgungsausgleichsrechtlichen Aspekte des geplanten Ehevertrags.

Die Mandantin suchte anwaltliche Begleitung, nachdem ihr Verlobter in einem Vorgespräch angedeutet hatte, einen ausgedehnten Ausschluss von Zugewinnngemeinschaft, Versorgungsausgleich und Ehegattenunterhalt anzustreben. Frau Habernau wollte wissen, ob und wie weit ein solcher Vertrag rechtlich haltbar sei und welche Schutzpositionen ihr verblieben.

2. Anwaltliche Vollmacht und Interessenkollision

Dr. Rotbruch fertigte eine Vollmacht für Ulrike Habernau aus (Datum: 3. März 2022). Im Erstgespräch stellte sich heraus, dass auch Hans-Dieter Habernau zunächst angefragt hatte, ob Dr. Rotbruch nicht beide Vertragsparteien beraten könne.

Dr. Rotbruch lehnte ein Doppelmandat in der Besprechung ab. Er hielt in seiner Handakte schriftlich fest:

> „Doppelmandat abgelehnt. H.-D. Habernau wurde an RA Falkner verwiesen. Interessenkollision bei Vertragsgestaltung evident.“

Diese knappe Notiz genügte jedoch nicht den Anforderungen des § 43a Abs. 4 BRAO in Verbindung mit §§ 3, 4 BORA. Eine vollständige schriftliche Dokumentation der Konfliktprüfung — mit Angabe der geprüften Interessen, des abgewogenen Ergebnisses und einer schriftlichen Information an die Mandantin, dass ihr Verlobter ebenfalls Kontakt aufgenommen hatte — fehlt in der Akte. Die Rechtsanwaltskammer Köln hat diesen Umstand im Rügeverfahren als eigenständigen Pflichtverstoß gewertet (dazu Aktenstück 08).

3. Mandatsinhalt und Leistungsbeschreibung

Das Mandat umfasste ausweislich des Mandatsbriefs vom 7. März 2022:

- Analyse des vorgelegten Ehevertragsentwurfs (erstellt von H.-D. Habernaus Anwalt RA Falkner)

- Beratung zu Zugewinnngemeinschaft (§§ 1363 ff. BGB), Versorgungsausgleich (VersAusglG), nahehelichem Unterhalt (§§ 1569 ff. BGB)
- Verhandlungsführung bzw. Begleitung bei der notariellen Beurkundung
- Prüfung auf sittenwidrige Gestaltungen (§ 138 BGB) gemäß der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs

Der vereinbarte Honorarsatz betrug 280 EUR/Stunde zzgl. USt. Das Gesamthonorar belief sich nach Abrechnung auf 3.360 EUR netto.

4. Einsatz von JuristAssist Pro 5

Ohne Rücksprache mit der Mandantin und ohne dies im Mandatsschreiben zu erwähnen, nutzte Dr. Rotbruch zur Erstprüfung des Ehevertragsentwurfs das KI-Tool „JuristAssist Pro 5“ (Anbieter: LegalTech GmbH, Hamburg), eine cloudbasierte Anwendung zur automatisierten Vertragsprüfung. Der Betrieb erfolgte über einen Server der LegalTech GmbH mit Rechenzentrum in Frankfurt a.M. (AWS EU-Central-1).

Dr. Rotbruch lud den Ehevertragsentwurf (PDF, 14 Seiten) unverändert — und damit mit personenbezogenen Daten beider Vertragsparteien (Namen, Geburtsdaten, Adresse, Vermögensübersicht) — in das Cloud-System hoch. Ein Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) nach Art. 28 DSGVO lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Die LegalTech GmbH hatte lediglich in ihren AGB erklärt, Daten nicht für Trainingszwecke zu verwenden — eine datenschutzrechtlich nicht ausreichende Grundlage für die Übermittlung von Mandantendaten.

Das KI-Tool generierte innerhalb von 47 Sekunden eine 8-seitige Analyse. Dr. Rotbruch ergänzte diese mit handschriftlichen Randnotizen zu einzelnen Punkten und übersandte das Dokument nahezu unverändert als „anwaltliche Vertragsprüfung“ per E-Mail an Ulrike Habernau. Eigene rechtliche Würdigung des Sittenwidrigkeitsrisikos nach § 138 BGB fehlt in der übersandten Analyse vollständig.

5. Warnhinweis im KI-Output

Bemerkenswert: Das KI-Tool enthielt am Ende seiner Ausgabe folgenden automatisch generierten Hinweis:

> „Diese Analyse ersetzt keine anwaltliche Prüfung. Bei Kombination von Zugewinnausschluss, Versorgungsausgleichsverzicht und Unterhaltsverzicht sollte eine Sittenwidrigkeitsprüfung nach § 138 BGB durch einen qualifizierten Rechtsanwalt vorgenommen werden.“

Dieser Warnhinweis wurde von Dr. Rotbruch nicht an die Mandantin weitergeleitet und in der übersandten Fassung gestrichen. Dies ist durch den E-Mail-Anhang (Aktenstück: `emails/2026-02-14_kanzlei_an_rotbruch_doppelmandat_aufklaerung.eml`) dokumentiert.

6. AGB-Klausel der Kanzlei

Rotbruchs Kanzlei-AGB enthielten seit 2021 folgende Klausel:

> „Die Beratungsleistungen erfolgen unter Einsatz digitaler und KI-gestützter Hilfsmittel. Der Mandant erklärt sich hiermit einverstanden.“

Diese Klausel ist nach § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB unwirksam, da sie den Mandanten unangemessen benachteiligt: Sie verschafft dem Anwalt ein einseitiges Recht zur Weitergabe von Mandantendaten an nicht spezifizierte KI-Systeme, ohne dass der Mandant über Art, Umfang und Risiken informiert wird. Die Klausel verstößt zudem gegen § 43a Abs. 2 BRAO (Verschwiegenheitspflicht) und Art. 6 DSGVO (keine wirksame Einwilligung via AGB-Klausel). Näheres dazu in Aktenstück 11.

7. Beurteilung nach § 43a BRAO

Die Mandatsübernahme und ihre Dokumentation weisen folgende berufsrechtliche Defizite auf:

Pflicht	Rechtsgrundlage	Befund
Konfliktprüfung und Dokumentation	§ 43a Abs. 4 BRAO, § 3 BORA	Unvollständig: nur knappe Handaktennotiz
Aufklärung über KI-Einsatz	§ 43a Abs. 1 BRAO, § 11 BRAO analog	Keine Information der Mandantin
Verschwiegenheit / Datenweitergabe	§ 43a Abs. 2 BRAO	Verletzt: Hochladen in Cloud-KI ohne AVV
Eigenverantwortliche Prüfung	§ 43a Abs. 1 BRAO	Verletzt: KI-Output unrevidiert weitergeleitet
AGB-Gestaltung	§ 307 BGB	Klausel unwirksam

8. Schlussfolgerung

Die Mandatsübernahme durch Dr. Rotbruch enthält strukturelle Defizite, die sowohl die zivilrechtliche Haftung gegenüber Mandantin Habernau (§§ 280, 675 BGB) als auch das berufsrechtliche Rügeverfahren (§ 73 Abs. 2 Nr. 4 BRAO) begründen. Die fehlende Aufklärung über den KI-Einsatz, die mangelhafte Konfliktpflichtdokumentation und die unwirksame AGB-Klausel bilden die Hauptvorwürfe des Kammerverfahrens.

Quellen:

- [§ 43a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)
- [§ 3 BORA (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BORA/3.html>)
- [§ 4 BORA (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BORA/4.html>)
- [Art. 28 DSGVO (EUR-Lex)](<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>)
- [§ 307 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/307.html>)

Datei: 02_beteiligte_und_verfahren_uebersicht.md

02 Beteiligte und Verfahrensübersicht

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Beteiligte Personen und Institutionen

1.1 Beklagter / Beschuldigter

Merkmal	Angabe
Name	Dr. Friedhelm Rotbruch

Merkmal	Angabe
Titel	Rechtsanwalt (Zulassung Köln seit 1998)
Kanzlei	Kanzlei Dr. Rotbruch (Einzelkanzlei)
Adresse	Breite Str. 112, 50667 Köln
Schwerpunkt	Familienrecht, Erbrecht
Haftpflichtversicherer	Allianz Versicherung AG, Police Nr. RB-2019-HH-44712
Kammerzugehörigkeit	Rechtsanwaltskammer Köln (Mitgl.-Nr. 19980412)

Dr. Rotbruch führt eine Einzelkanzlei ohne angestellte Rechtsanwälte. Zwei Rechtsfachwirte (Frau Gromann, Herr Tkacz) sind als Bürokräfte tätig. Dr. Rotbruch ist seit 2021 Fachanwalt für Familienrecht (§ 14 FAO).

1.2 Klägerin / Beschwerdeführerin

Merkmal	Angabe
Name	Ulrike Habernau, geb. Sternberg (1978)
Adresse	Venloer Str. 431, 50825 Köln-Ehrenfeld
Beruf	Krankenpflegerin (Vollzeit, Uniklinik Köln)
Verfahren	Klägerin: LG Köln 2 O 188/26
Klagevertreterin	RAin Dr. Petra Wiesmann, Kanzlei Wiesmann & Bollert, Köln

Frau Habernau war von März 2022 bis zur Scheidung (rechtskräftig: 18. Januar 2026) Mandantin von Dr. Rotbruch. Der Ehevertrag wurde am 28. April 2022 notariell beurkundet (Notar Klaus Bergstedt, Köln). Die Ehe wurde am 14. Mai 2022 geschlossen, der Scheidungsantrag am 3. Februar 2025 eingereicht.

1.3 Ehemann (nicht Partei im Zivilverfahren)

Merkmal	Angabe
Name	Hans-Dieter Habernau (geb. 1973)
Beruf	Kaufmännischer Geschäftsführer
Anwalt bei Vertragsschluss	RA Falkner, Köln
Anwalt bei Scheidung	RA Dr. Kordts, Köln

1.4 Rechtsanwaltskammer Köln

Merkmal	Angabe
Institution	Rechtsanwaltskammer Köln, Riehler Str. 30, 50668 Köln
Verfahren	Rügeverfahren Az. RAK-K 2026-0188
Zuständige Abteilung	Berufsrechtliche Abteilung (Vorstand)
Verfahrensgrundlage	§ 73 Abs. 2 Nr. 4 BRAO
Beteiligte Stelle	Ggf. Anwaltsgericht Köln (§ 114 BRAO)

1.5 KI-Tool-Anbieter

Merkmal	Angabe
Produkt	JuristAssist Pro 5
Anbieter	LegalTech GmbH, Rödingsmarkt 9, 20459 Hamburg
Betrieb	Cloud, AWS EU-Central-1, Frankfurt a.M.
Vertragsmodell	SaaS, Monatsabonnement (89 EUR/Monat)
AVV	Zum Zeitpunkt der Nutzung nicht abgeschlossen
Datenschutzdokumentation	AGB-Klausel (rechtlich unzureichend)

1.6 Haftpflichtversicherer

Merkmal	Angabe
Versicherer	Allianz Versicherung AG
Ansprechpartner Regulierung	Frau Hoppe, Referat Anwaltshaftpflicht, München
Police	RB-2019-HH-44712
Versicherungssumme	500.000 EUR (Einzelschaden)
KI-Ausschlussklausel	Ja (Nachtrag 2023, § 4 Nr. 7 AVB)
Status	Deckung vorläufig abgelehnt

2. Verfahrensübersicht

2.1 Zivilrechtliches Verfahren (Haftungsklage)

Datum	Ereignis
28.04.2022	Beurkundung Ehevertrag (Notar Bergstedt)
14.05.2022	Eheschließung Habernau / Habernau
März 2022	Mandat Dr. Rotbruch — Vertragsprüfung
3.02.2025	Einreichung Scheidungsantrag
18.01.2026	Scheidung rechtskräftig; Ehevertrag teilweise unwirksam (§ 138 BGB)
5.02.2026	Klageschrift RAin Dr. Wiesmann beim LG Köln
18.02.2026	Az. LG Köln 2 O 188/26 zugeteilt
25.02.2026	Zustellung Klageschrift an Dr. Rotbruch
10.03.2026	Klageerwiderung (Frist verlängert bis 10.04.2026)
10.04.2026	Eingang Klageerwiderung beim LG Köln
15.05.2026	Gütetermin LG Köln (geplant)

Streitwert: 187.000 EUR (Schadensersatz § 280 BGB i.V.m. § 675 BGB).

2.2 Berufsrechtliches Verfahren (Rüge RAK Köln)

Datum	Ereignis
28.01.2026	Beschwerde Frau Habernau bei RAK Köln
12.02.2026	Einleitung Rügeverfahren durch Vorstand RAK Köln
28.02.2026	Anhörungsschreiben RAK Köln an Dr. Rotbruch
15.03.2026	Stellungnahme Dr. Rotbruch
28.03.2026	Weiteres Schreiben RAK Köln — Nachfragen
15.04.2026	Frist Schlusserklärung Dr. Rotbruch

2.3 Datenschutz-Parallelspur

Datum	Ereignis
3.02.2026	Datenschutzbeschwerde Frau Habernau beim LDI NRW
20.02.2026	Eingangsbestätigung LDI NRW, Az. LDI-NRW-2026-0392
Offen	Prüfung läuft (Art. 77 DSGVO)

3. Schadensbild (Übersicht)

Position	Betrag (EUR)
Entgangener Versorgungsausgleich (kapitalisiert)	124.000
Entgangener Zugewinnausgleich (Differenz wirksam/unwirksam)	48.000
Verfahrenskosten Scheidung (Mehrkosten wegen Unwirksamkeit)	9.800
Sonstige (vorprozessuale Anwaltskosten, Gutachterkosten)	5.200
Gesamtklage	**187.000**

Die Berechnung ist in Aktenstück 03 und im XLSX `haftungsrechnung_habernau_versorgungsausgleich.xlsx` im Detail dargestellt.

4. Rechtliche Verfahrensrahmen

Verfahren	Rechtsgrundlage	Sanktionsmöglichkeit
Zivilklage Habernau	§§ 280, 675 BGB	Schadensersatz 187.000 EUR

Verfahren	Rechtsgrundlage	Sanktionsmöglichkeit
Rüge RAK Köln	§ 73 Abs. 2 Nr. 4 BRAO	Rüge (§ 74 BRAO) oder Verweis an Anwaltsgericht
Anwaltsgericht	§§ 113 ff. BRAO	Warnung, Geldbuße bis 25.000 EUR, Berufsverbot
Datenschutz LDI NRW	Art. 77, 83 DSGVO	Bußgeld bis 20 Mio. EUR / 4 % Jahresumsatz
KI-VO (EU AI Act)	Art. 6, 16 KI-VO	Ggf. Marktaufsichtsmaßnahmen gegen Anbieter

Quellen:

- [§ 73 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/73.html>)
- [§ 74 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/74.html>)
- [§§ 113 ff. BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/113.html>)
- [§§ 280, 675 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/280.html>)
- [Art. 77 DSGVO (EUR-Lex)](<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>)

Datei: 03_haftungsklage_habernau_lg_koeln_2o188_26.md

03 Haftungsklage Habernau — LG Köln 2 O 188/26

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Aktenzeichen: LG Köln 2 O 188/26

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Sachverhalt der Klage

Klägerin Ulrike Habernau beauftragte RA Dr. Friedhelm Rotbruch im März 2022 mit der rechtlichen Prüfung eines Ehevertrags, den ihr damaliger Verlobter Hans-Dieter Habernau — vertreten durch RA Falkner — vorgelegt hatte. Der Ehevertrag enthielt drei wesentliche Ausschlussklauseln:

1. **Zugewinnausschluss:** Vollständiger Ausschluss des Zugewinnausgleichs nach §§ 1363 ff. BGB; Gütertrennung.
2. **Globalverzicht Versorgungsausgleich:** Vollständiger gegenseitiger Verzicht auf den Versorgungsausgleich nach § 6 VersAusglG.
3. **Unterhaltsverzicht:** Gegenseitiger Verzicht auf nachehelichen Unterhalt (§§ 1569 ff. BGB), ohne jede Sicherungsklausel für Krankheit oder Kindererziehungszeiten.

Dr. Rotbruch prüfte den Ehevertrag mithilfe des KI-Tools JuristAssist Pro 5 und übersandte das KI-generierte Ergebnis — bereinigt um einen KI-eigenen Warnhinweis — als anwaltliche Prüfung an die Mandantin. Eine eigenverantwortliche Sittenwidrigkeitsprüfung nach § 138 BGB und nach der BGH-Rechtsprechung zur Kernbereichstheorie (BGH XII ZR 157/99, BGH XII ZR 65/03, BGH XII ZR

75/22) fand nicht statt.

Der Ehevertrag wurde am 28. April 2022 notariell beurkundet. Im Scheidungsverfahren 2025/2026 rügte RAin Dr. Wiesmann die Unwirksamkeit des Vertrags nach § 138 BGB wegen Sittenwidrigkeit infolge einer einseitigen, existenzgefährdenden Gesamtbelastung.

Das Amtsgericht Köln — Familiengericht — stellte mit Beschluss vom 3. Dezember 2025 (Az. 302 F 1147/25) die Unwirksamkeit des Globalverzichts auf den Versorgungsausgleich fest und ordnete die Durchführung des Versorgungsausgleichs nach §§ 9 ff. VersAusglG an. Der Zugewinnausschluss blieb wirksam, der Unterhaltsverzicht wurde teilweise — für die Zeit der Kindererziehung — für unwirksam erklärt.

2. Rechtliche Grundlage der Klage

2.1 Anwaltsvertrag und Hauptleistungspflicht (§ 675 BGB)

Zwischen Frau Habernau und Dr. Rotbruch bestand ein Geschäftsbesorgungsvertrag i.S.d. § 675 BGB. Die Hauptleistungspflicht des Anwalts umfasste die vollständige und eigenverantwortliche Prüfung des Ehevertrags auf seine rechtliche Wirksamkeit, insbesondere auf Sittenwidrigkeit nach § 138 BGB.

Der BGH hat in ständiger Rechtsprechung (zuletzt BGH, Urt. v. 21. April 2021, IX ZR 89/20, openjur.de) ausgeführt, dass der Anwalt alle Rechtsfragen, die für den Mandanten erheblich sind, auch ohne ausdrücklichen Auftrag zu prüfen und den Mandanten über relevante Risiken zu belehren hat.

2.2 Pflichtverletzung (§ 280 Abs. 1 BGB)

Die Klägerin macht folgende Pflichtverletzungen geltend:

a) Keine Sittenwidrigkeitsprüfung: Dr. Rotbruch hat die Kombination von Globalverzicht Versorgungsausgleich, vollständigem Zugewinnausschluss und Unterhaltsverzicht nicht nach dem Maßstab der BGH-Kernbereichstheorie (XII ZR 65/03; XII ZR 75/22) geprüft. Nach dieser Rechtsprechung führt die kumulative Abbedingung aller drei Schutzmechanismen in aller Regel zur Sittenwidrigkeit, wenn sie auf einer deutlichen wirtschaftlichen Ungleichgewichtslage beruht.

b) Unrevidierter KI-Output: Das an die Mandantin übersandte Dokument war im Wesentlichen der ungeänderte KI-Output. Indem Dr. Rotbruch den KI-eigenen Warnhinweis entfernte, täuschte er die Mandantin über den Charakter der Analyse.

c) Keine Belehrung: Frau Habernau wurde nicht darüber aufgeklärt, dass der Ehevertrag in dieser Gestalt erhebliche Unwirksamkeitsrisiken trägt.

2.3 Kausalität

Hätte Dr. Rotbruch die Sittenwidrigkeitsprüfung ordnungsgemäß durchgeführt und die Mandantin belehrt, so hätte Frau Habernau den Ehevertrag in dieser Gestalt nicht geschlossen oder auf Nachverhandlungen bestanden. Das ergibt sich aus dem allgemeinen Anscheinsbeweis anwaltspflichtgemäßen Verhaltens (BGH, Urt. v. 13. März 2008, IX ZR 136/07).

2.4 Schaden

Schadensposition	Berechnung	Betrag (EUR)
Entgangener Versorgungsausgleich	Diff. Rentenanwartschaft x Barwertfaktor (Tabelle 9 VersAusglG, 20 J.)	124.000
Entgangener Zugewinnausgleich	Vgl. Aktenstück 18 (Differenz wirksam/unwirksam)	48.000

Schadensposition	Berechnung	Betrag (EUR)
Mehrkosten Scheidungsverfahren	Kosten für Bestreitung der Wirksamkeit im Verbund	9.800
Vorprozessuale Anwaltskosten / Gutachten	Detailliert lt. Anlage K5 der Klageschrift	5.200
Gesamt		**187.000**

3. Streitpunkte und Verteidigungslinie Rotbruch

3.1 Kein Fehler bei der Prüfung

Dr. Rotbruch macht geltend, er habe den Ehevertrag eigenständig geprüft und das KI-Tool lediglich als „Rechercheassistent“ eingesetzt. Der KI-Output sei eine erste Orientierung gewesen, die er — soweit möglich — anhand eigener Rechtskenntnisse bewertet habe. Eine vollständige Sittenwidrigkeitsanalyse sei im Honorarrahmen von 3.360 EUR nicht vereinbart gewesen.

3.2 Keine Kausalität

Die Mandantin hätte den Ehevertrag auch bei vollständiger Belehrung unterschrieben, da sie unter erheblichem persönlichem Druck gestanden habe (Verlobungsfeier war bereits geplant, Hochzeitsdatum fixiert). Zudem habe der Notar bei der Beurkundung auf die rechtlichen Bedeutung des Vertrags hingewiesen.

3.3 Mitverschulden

Frau Habernau habe als Erwachsene die Tragweite eines Verzichts auf Versorgungsausgleich, Zugewinn und Unterhalt erkennen können. Sie sei überdies vom Notar ausführlich belehrt worden (§ 17 BeurkG).

3.4 Versicherungsdeckung

Dr. Rotbruch beantragt Einbeziehung der Berufshaftpflichtversicherung (Allianz). Die Allianz hat Deckung vorläufig abgelehnt unter Verweis auf die KI-Ausschlussklausel (§ 4 Nr. 7 AVB Anwaltshaftpflicht 2023). Dazu Aktenstück 10.

4. Beweismittel der Klägerin

Nr.	Beweismittel	Anlage
K1	Mandatsvollmacht 3. März 2022	In Akte
K2	E-Mail Dr. Rotbruch an Habernau 22. März 2022 mit KI-Output-PDF	In Akte
K3	Original-KI-Output JuristAssist Pro 5 (inkl. entferntem Warnhinweis)	In Akte
K4	Ehevertrag vom 28. April 2022 (Notarsurkunde)	Redacted, s. PDF-Anlage
K5	Beschluss AG Köln 302 F 1147/25 vom 3. Dezember 2025	In Akte
K6	Versicherungsablehnungsschreiben Allianz	In Akte

Nr.	Beweismittel	Anlage
K7	Sachverständigengutachten Prof. Dr. Breuer (Schadensberechnung)	In Vorbereitung

5. Güetermin und weiterer Verfahrensstand

Das LG Köln hat Güetermin auf 15. Mai 2026 terminiert. Die Klägerin ist grundsätzlich zu einem Vergleich bereit bei einer Zahlung von mindestens 130.000 EUR. Dr. Rotbruch hat bisher keine verbindliche Vergleichsbereitschaft signalisiert (Aktenstück 20 zur Vergleichsstrategie).

Quellen:

- [§ 280 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/280.html>)
- [§ 675 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/675.html>)
- [§ 138 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/138.html>)
- [BGH XII ZR 75/22 (bundesgerichtshof.de)](https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/01/XIIZR75_22.html)
- [§ 6 VersAusglG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/VersAusglG/6.html>)
- [§ 17 BeurkG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BeurkG/17.html>)

Datei: 04_ki_einsatz_kanzleisorgfalt_par43a_brao.md

04 KI-Einsatz und Kanzleisorgfalt — § 43a BRAO

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Maßstab anwaltlicher Sorgfalt bei KI-Einsatz

Der anwaltliche Berufsstand befindet sich seit 2022 in einem rapiden Transformationsprozess infolge des Aufkommens großer Sprachmodelle und spezialisierter Legal-KI-Produkte. Die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) hat in ihrer [Stellungnahme Nr. 16/2023](<https://www.brak.de/zur-rechtspolitik/stellungnahmen-pdf/stellungnahmen-deutschland/2023/august/stellungnahme-der-brak-2023-16.pdf>) grundlegende Sorgfaltsanforderungen für den KI-Einsatz in Kanzleien formuliert. Die BORA und BRAO enthalten keine ausdrücklichen KI-Regelungen, jedoch ergibt sich aus § 43a Abs. 1 BRAO (Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung) und § 43a Abs. 2 BRAO (Verschwiegenheit) ein kohärenter Rahmen.

Die zentralen Sorgfaltspflichten beim KI-Einsatz lassen sich in drei Kategorien gliedern:

1.1 Eigenverantwortlichkeit (§ 43a Abs. 1 BRAO)

Der Anwalt muss sicherstellen, dass KI-Outputs eigenverantwortlich geprüft und nicht unverändert an Mandanten weitergeleitet werden. Dies ergibt sich aus dem Grundsatz der persönlichen Leistungserbringung. KI-Tools sind Hilfsmittel; der Anwalt bleibt Urheber und Verantwortlicher für jede gegenüber dem Mandanten abgegebene rechtliche Stellungnahme.

Im Fall Rotbruch: Das KI-generierte Dokument wurde nach Entfernung des Warnhinweises als eigene anwaltliche Prüfung weitergeleitet. Eine eigenverantwortliche Überarbeitung fand nicht statt. Beweis: Vergleich des KI-Outputs mit dem übersandten PDF (Anlage K2 und K3 zur Klageschrift); die textliche Übereinstimmung beträgt nach Analyse von RAin Dr. Wiesmann mehr als 94 Prozent.

1.2 Fortbildungspflicht und Technikkompetenz (§ 43a Abs. 6 BRAO)

Wer ein KI-Tool zur Vertragsprüfung einsetzt, muss dessen Funktionsweise, Grenzen und typische Fehlerquellen kennen. Dazu gehört das Wissen, dass aktuelle Large-Language-Model-basierte Systeme (Stand 2022–2024) bei der Erkennung sittenwidriger Vertragsgestaltungen nach deutschen familienrechtlichen Maßstäben — insbesondere der BGH-Kernbereichsdoktrin — strukturell schwach sind, weil diese Prüfung eine Gesamtabwägung im Einzelfall erfordert, die reine Textmustererkennung übersteigt.

Dr. Rotbruch hatte keine nachweisbare Schulung zu JuristAssist Pro 5 absolviert. Die Einarbeitung beschränkte sich auf das Lesen der 4-seitigen Produktbroschüre des Anbieters. Fortbildungsnachweise (§ 15 FAO) zu Legal-Tech-Themen fehlen für den Zeitraum 2021–2022.

1.3 Qualitätssicherung im Kanzleibetrieb (§ 43a Abs. 1 BRAO)

Eine Einzelkanzlei ist gehalten, organisatorische Maßnahmen zu treffen, die sicherstellen, dass KI-Output nicht ohne Qualitätsprüfung in die Mandantenkorrespondenz einfließt. In größeren Kanzleien wäre dies durch ein Vier-Augen-Prinzip realisierbar; in einer Einzelkanzlei durch eine klar dokumentierte Prüfcheckliste, die der Anwalt nach KI-Einsatz abzeichnet.

Eine solche Checkliste oder Kanzleianweisung existierte bei Dr. Rotbruch nicht. Ein Entwurf für eine entsprechende Richtlinie findet sich im Anhang
docx/ki_einsatzrichtlinie_kanzlei_template.docx.

2. Bewertung des konkreten KI-Einsatzes

2.1 Einsatzszenario

Aspekt	Befund
Tool	JuristAssist Pro 5 (LegalTech GmbH Hamburg)
Einsatzzweck	Erstprüfung Ehevertragsentwurf
Eingabe	Vollständiges PDF (14 S.) inkl. Personendaten
Output	8-seitige Analyse (PDF)
Weiterleitung an Mandantin	Ja, mit Streichung des KI-Warnhinweises
Eigenverantwortliche Prüfung	Nein (nur Randnotizen zu 3 von 12 Punkten)
Sittenwidrigkeitsprüfung § 138 BGB	Fehlt vollständig
Information der Mandantin über KI	Nein

2.2 Schwachstellen von JuristAssist Pro 5 bei § 138 BGB

Die Produktdokumentation von JuristAssist Pro 5 (Version 5.1.2, gültig im Zeitraum März 2022) enthält unter Punkt 3.4 folgenden Hinweis:

> „JuristAssist Pro analysiert Verträge auf Basis gesetzlicher Texte und Standardmuster. Eine umfassende Sittenwidrigkeitsprüfung nach § 138 BGB, insbesondere im Bereich Ehevertrag-Gesamtkonstellationen, erfordert menschliches Urteil und ist nicht Teil des automatisierten Moduls.“

Dr. Rotbruch hat diese Einschränkung nicht beachtet. Das KI-Output enthält unter der Rubrik „Sittenwidrigkeit“ lediglich den Hinweis: „Einzelne Klauseln erscheinen wirksam.“ Eine Gesamtabwägung fehlt.

3. Rechtliche Einordnung

3.1 Verhältnis KI-Einsatz zu anwaltlicher Haftung

Der Einsatz eines KI-Tools entlastet den Anwalt nicht von seiner haftungsrechtlichen Verantwortung. Der BGH hat in seiner Rechtsprechung zu Hilfspersonen (§ 278 BGB) und zur persönlichen Haftung des Rechtsanwalts (BGH, Urt. v. 15. April 2010, IX ZR 189/09) klargestellt, dass externe Werkzeuge und Hilfspersonen nicht die eigenverantwortliche Prüfungspflicht des Anwalts ersetzen. KI-Tools sind als Werkzeuge i.S.d. § 278 BGB zu behandeln: Fehler der KI gehen zulasten des eingesetzten Anwalts.

3.2 Berufsrechtliche Qualifikation (§ 43a Abs. 1 BRAO)

Nach § 43a Abs. 1 BRAO ist der Rechtsanwalt zur gewissenhaften Berufsausübung verpflichtet. Die BRAK-Stellungnahme 16/2023 konkretisiert dies für KI:

- **Validierungspflicht:** Jeder KI-Output muss vor Weiterleitung auf Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft werden.
- **Transparenzpflicht:** Der Mandant ist über den Einsatz von KI-Tools zu informieren, wenn dies für die Beurteilung der Leistungsqualität relevant ist.
- **Datenschutzpflicht:** Mandantendaten dürfen nur in KI-Systeme eingespeist werden, für die ein wirksamer AVV nach Art. 28 DSGVO vorliegt.

Alle drei Pflichten hat Dr. Rotbruch verletzt.

3.3 EU AI Act (KI-VO) — prospektive Einordnung

Nach der EU-Verordnung (EU) 2024/1689 über künstliche Intelligenz ([EUR-Lex](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)), die ab August 2026 vollständig anwendbar ist, fallen KI-Systeme für die Analyse von Rechtsdokumenten in rechtlich bindenden Situationen in die Kategorie „Hochrisiko-KI“ (Anhang III Nr. 8 lit. a KI-VO). Damit wären Anbieter wie LegalTech GmbH und Nutzer wie Dr. Rotbruch ab 2026 strengeren Pflichten unterworfen (Aktenstück 12). Zum Zeitpunkt der Nutzung im März 2022 war die KI-VO noch nicht in Kraft.

4. Handlungsempfehlung

Dr. Rotbruch sollte unverzüglich:

1. Eine schriftliche Kanzlei-KI-Richtlinie etablieren (Vorlage: `\docx\ki_einsatzrichtlinie_kanzlei_template.docx`).`
2. Einen AVV mit LegalTech GmbH abschließen oder den KI-Einsatz einstellen.
3. Alle seit 2021 mithilfe von KI-Tools erstellten und weitergeleiteten Dokumente identifizieren und prüfen, ob weitere Haftungsrisiken bestehen.

4. Die Berufshaftpflichtversicherung über sämtliche KI-bezogenen Vorfälle informieren (auch wenn Deckung abgelehnt wurde).

Quellen:

- [§ 43a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)
- [§ 278 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/278.html>)
- [EU-Verordnung 2024/1689 (KI-VO) (EUR-Lex)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)
- [BRAK-Stellungnahme 16/2023](<https://www.brak.de/zur-rechtspolitik/stellungnahmen-pdf/stellungnahmen-deutschland/2023/august/stellungnahme-der-brak-2023-16.pdf>)

Datei: 05_mandantenaufklaerung_par11_brao_par4_bora.md

05 Mandantenaufklärung über KI-Einsatz — § 11 BRAO, § 4 BORA

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Rechtliche Grundlagen der Aufklärungspflicht

1.1 § 43a Abs. 1 BRAO — Grundpflicht zur Gewissenhaftigkeit

Die anwaltliche Aufklärungspflicht gegenüber Mandanten ist in § 43a Abs. 1 BRAO verankert und durch die Rechtsprechung des BGH zu §§ 280, 675 BGB präzisiert worden. Zur Gewissenhaftigkeit zählt auch die Transparenz über die Mittel, mit denen die anwaltliche Leistung erbracht wird, sofern dies für die Beurteilung der Qualität der Leistung relevant ist.

1.2 § 4 BORA — Interessenkollision und Information

Nach § 4 BORA ist der Anwalt verpflichtet, den Mandanten vollständig über alle Umstände zu informieren, die für dessen Entscheidung erheblich sein könnten. Dazu gehört nach herrschender Auffassung auch die Information darüber, dass eine Vertragsprüfung nicht eigenständig, sondern mithilfe eines KI-Systems durchgeführt wird, wenn dies die Verlässlichkeit und Tiefe der Analyse beeinflusst.

1.3 § 11 BRAO — Vergütung und Transparenz

§ 11 BRAO regelt im Zusammenhang mit der Vergütungsvereinbarung die Pflicht zu klarer Leistungsbeschreibung. Wenn KI-Tools eingesetzt werden und hierdurch eine erhebliche Zeitersparnis entsteht, die dem Mandanten im Stundensatz nicht zugute kommt, kann dies zu einem Vergütungsrecht-Problem führen. Im Fall Rotbruch: Das KI-Tool lieferte die Analyse in 47 Sekunden; Dr. Rotbruch berechnete 12 Stunden à 280 EUR.

2. Aufklärungsdefizite im konkreten Fall

2.1 Keine Information über KI-Einsatz

Frau Habernau wurde zu keinem Zeitpunkt — weder im Erstgespräch (3. März 2022) noch per Mandatsbeschreibung noch per E-Mail — darüber informiert, dass der Ehevertrag mithilfe des KI-Tools JuristAssist Pro 5 geprüft werden würde.

Die übersandte E-Mail vom 22. März 2022 lautet einleitend:

> „Sehr geehrte Frau Habernau, anbei übersende ich Ihnen meine Vertragsprüfung. Der Ehevertrag erscheint in den wesentlichen Klauseln rechtlich unbedenklich.“

Der Begriff „meine Vertragsprüfung“ suggeriert eine eigenständig durch Dr. Rotbruch erstellte Analyse. Diese Formulierung ist angesichts der tatsächlichen Entstehungsweise des Dokuments irreführend.

2.2 Streichung des KI-Warnhinweises

JuristAssist Pro 5 fügt automatisch einen standardisierten Warnhinweis an jeden Output an. Dieser Hinweis (Wortlaut s. Aktenstück 01, Abschn. 5) empfahl ausdrücklich eine gesonderte menschliche Prüfung der Sittenwidrigkeit. Durch die Entfernung dieses Hinweises hat Dr. Rotbruch aktiv dazu beigetragen, dass Frau Habernau die Grenzen der Analyse nicht erkennen konnte.

Die Entfernung eines Warnhinweises, den ein beauftragtes Hilfsmittel als Risikohinweis formuliert, kann unter Umständen als arglistige Täuschung i.S.d. § 123 BGB gewertet werden. Im vorliegenden Kontext qualifiziert es zumindest als grobe Pflichtverletzung i.S.d. § 43a Abs. 1 BRAO.

2.3 AGB-Klausel als unzulässiger Aufklärungersatz

Die Kanzlei-AGB von Dr. Rotbruch (Version 2021) enthielten folgenden Passus:

> „Die Beratungsleistungen erfolgen unter Einsatz digitaler und KI-gestützter Hilfsmittel. Der Mandant erklärt sich hiermit einverstanden.“

Diese Klausel kann die individuelle Aufklärungspflicht nicht ersetzen, weil:

- sie keine konkreten Angaben über Art und Umfang des KI-Einsatzes enthält,
- sie keine Risikohinweise enthält,
- sie keine informierte Einwilligung ermöglicht (Art. 7 DSGVO),
- sie nach § 307 BGB wegen unangemessener Benachteiligung unwirksam ist (dazu Aktenstück 11).

3. Vergleich mit Best Practice

Aspekt	Best Practice	Rotbruch-Kanzlei
Information über KI-Einsatz	Schriftlich im Mandatsbeschreibungsschreiben	Nicht erfolgt
Beschreibung des KI-Tools	Art, Anbieter, Einsatzzweck genannt	Nicht erfolgt
Grenzen des KI-Tools	Ausdrücklich dargestellt	Warnhinweis entfernt
Einwilligung Mandant	Individuell, informiert, dokumentiert	AGB-Klausel (unwirksam)
KI-Output-Kennzeichnung	Dokument als „KI-generiert, anwaltlich geprüft“	Suggestiv als eigene Analyse präsentiert
Weiterleitung nur nach Prüfung	Checkliste, Abzeichnung	Keine Qualitätssicherung

4. Berufsrechtliche Konsequenzen

Das Aufklärungsdefizit ist im Rügeverfahren (Aktenstück 08) als eigenständiger Vorwurf Nr. 3 (von 5) aufgeführt. Die Rechtsanwaltskammer Köln sieht hierin einen Verstoß gegen:

- § 43a Abs. 1 BRAO (gewissenhafte Berufsausübung),
- § 4 BORA (vollständige Mandanteninformation),
- die berufsrechtliche Transparenzpflicht, die aus dem Mandatsvertrag (§ 675 BGB) folgt.

Im Anwaltsgericht wäre dieser Vorwurf — sofern keine isolierte Betrachtung erfolgt — geeignet, eine Geldbuße nach § 114 Abs. 1 Nr. 3 BRAO zu begründen.

5. Reformbedarf

Die vorliegende Fallkonstellation verdeutlicht die Notwendigkeit einer ausdrücklichen berufsrechtlichen Regelung in BRAO oder BORA, die konkrete Mindeststandards für den Einsatz von KI in der Anwaltschaft normiert. Entsprechende Regelungsansätze werden von der BRAK (Stellungnahme 16/2023) und in der Rechtswissenschaft diskutiert (vgl. Aktenstück 22).

Quellen:

- [§ 43a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)
- [§ 4 BORA (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BORA/4.html>)
- [§ 11 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/11.html>)
- [§ 307 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/307.html>)
- [§ 123 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/123.html>)
- [§ 675 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/675.html>)

Datei: 06_dsgvo_par28_avv_juristassist_pro_cloud.md

06 DSGVO — Art. 28 DSGVO, AVV und JuristAssist Pro Cloud

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Ausgangslage: Mandantendaten in der Cloud-KI

Am 21. März 2022 lud Dr. Rotbruch den 14-seitigen Ehevertragsentwurf als PDF in die Cloud-Plattform von JuristAssist Pro 5 hoch. Das Dokument enthielt folgende personenbezogene Daten i.S.d. Art. 4 Nr. 1 DSGVO:

- Vor- und Nachname beider Vertragsparteien (Ulrike und Hans-Dieter Habernau)
- Geburtsdaten und Geburtsort
- Wohnadressen

- Vermögensangaben (Immobilienwert, Kontoguthaben, Rentenpunkte)
- Angaben zum Arbeitgeber und Einkommen

Beim Hochladen dieser Daten in das Cloud-System der LegalTech GmbH (Hamburg) handelt es sich um eine Übermittlung personenbezogener Daten an einen Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 28 DSGVO. Ohne einen wirksamen Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) ist diese Übermittlung datenschutzrechtlich unzulässig.

2. Anforderungen des Art. 28 DSGVO

Art. 28 DSGVO schreibt vor, dass ein Verantwortlicher (hier: Kanzlei Rotbruch als datenschutzrechtlich Verantwortlicher) personenbezogene Daten nur an Auftragsverarbeiter übermitteln darf, mit denen ein schriftlicher Vertrag nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO geschlossen wurde. Dieser Vertrag muss mindestens folgende Inhalte haben:

- Weisungsgebundenheit des Auftragsverarbeiters
- Verpflichtung zur Vertraulichkeit
- Technische und organisatorische Maßnahmen (TOM) nach Art. 32 DSGVO
- Regelung zu Unterauftragsverarbeitern (Art. 28 Abs. 4 DSGVO)
- Unterstützung bei Betroffenenrechten (Art. 12–22 DSGVO)
- Regelung zur Datenlöschung nach Auftragsende
- Recht auf Kontrolle durch den Verantwortlichen

3. Situation bei der LegalTech GmbH (JuristAssist Pro 5)

Zum Zeitpunkt der Nutzung im März 2022 hatte die LegalTech GmbH keinen standardisierten AVV im Angebotsprozess integriert. Stattdessen enthielten die AGB der LegalTech GmbH (Version 3.2, gültig ab 1. Januar 2022) unter Ziffer 9.4 folgenden Passus:

> „LegalTech GmbH verarbeitet Nutzerdaten ausschließlich zur Erbringung der vertraglich vereinbarten Dienste. Eine Weitergabe an Dritte oder Nutzung für Trainingszwecke erfolgt nicht ohne ausdrückliche Zustimmung.“

Diese AGB-Klausel ist kein wirksamer AVV i.S.d. Art. 28 DSGVO, da:

- sie nicht die vollständige, von Art. 28 Abs. 3 DSGVO geforderte Regelungstiefe aufweist,
- sie die konkret eingesetzten Unterauftragsverarbeiter nicht benennt (AWS EU-Central-1 war nicht gesondert aufgeführt),
- sie keine Verpflichtung zu TOMs nach Art. 32 DSGVO enthält,
- sie kein Audit-Recht des Verantwortlichen vorsieht.

Die LegalTech GmbH hat auf Anfrage von RAin Dr. Wiesmann (Schreiben vom 15. März 2026) bestätigt, dass erst ab Oktober 2022 ein Standard-AVV für Kanzleikunden angeboten wurde. Zudem ist die E-Mail vom 24. März 2026 der LegalTech GmbH an die Kanzlei Rotbruch zu AVV-Fragen in der Anlage enthalten (emails/2026-03-24_juristassist_an_kanzlei_avv.eml).

4. Datenschutzrechtliche Rechtsfolgen

4.1 Verstoß gegen Art. 28 DSGVO

Die Übermittlung ohne AVV ist ein Verstoß gegen Art. 28 Abs. 1 DSGVO (Pflicht zur Vereinbarung) i.V.m. Art. 5 Abs. 1 lit. f DSGVO (Integrität und Vertraulichkeit). Dieser Verstoß kann durch den LDI NRW (Beschwerde bereits eingeleitet, Az. LDI-NRW-2026-0392) mit einem Bußgeld belegt werden.

Der Bußgeldrahmen nach Art. 83 Abs. 4 DSGVO beträgt bis zu 10 Mio. EUR oder 2 Prozent des weltweit erzielten Jahresumsatzes. Bei einer Einzelkanzlei mit einem Jahresumsatz von ca. 220.000 EUR (geschätzt nach Aktenlage) ist der Prozent-Wert nicht einschlägig; ein spürbares Bußgeld zwischen 5.000 EUR und 30.000 EUR erscheint nach vergleichbaren Entscheidungen (LDI NRW, Entscheidung v. 15. Oktober 2021, Az. LDI-NRW-2021-0714) realistisch.

4.2 Verstoß gegen § 43a Abs. 2 BRAO

§ 43a Abs. 2 BRAO verpflichtet den Anwalt zur Verschwiegenheit über alle ihm anvertrauten Informationen. Die Übermittlung von Mandantendaten an einen Cloud-KI-Anbieter ohne hinreichende Absicherung ist eine Verletzung dieser Verschwiegenheitspflicht. Der Anwalt ist verpflichtet, sicherzustellen, dass auch Dritte, denen er Daten anvertraut, zur Vertraulichkeit verpflichtet sind — was einen wirksamen AVV voraussetzt.

4.3 Mögliche Strafbarkeit nach § 203 StGB

Die Übergabe von Mandantendaten an einen nicht zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten kann tatbestandlich unter § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB (Verletzung von Privatgeheimnissen durch Rechtsanwälte) fallen. Die Strafbarkeit entfällt, wenn der Auftragsverarbeiter wirksam zur Verschwiegenheit verpflichtet wurde. Ohne AVV fehlt eine solche wirksame Verpflichtung. Im Ergebnis besteht ein Anfangsverdacht, der strafrechtlich bisher nicht verfolgt wird, jedoch eine erhebliche Relevanz im Berufsrechtsverfahren hat (dazu Aktenstück 07).

5. Verbesserungsmaßnahmen

Maßnahme	Beschreibung	Priorität
AVV abschließen	Sofortige Vereinbarung mit LegalTech GmbH (Muster erhältlich)	Hoch
Datenschutz-Folgenabschätzung	DSFA nach Art. 35 DSGVO für Cloud-KI-Einsatz	Hoch
Datenlöschung prüfen	Anforderung Nachweis Löschung Habernau-Daten bei LegalTech GmbH	Mittel
Information Betroffener	Art. 34 DSGVO — Benachrichtigung Frau und Herr Habernau	Mittel
Kanzlei-Datenschutzkonzept	Internes Datenschutzkonzept für KI-Einsatz	Mittel
DSB benennen	Prüfung Benennungspflicht gem. Art. 37 DSGVO (Schwellenwert)	Niedrig

6. Abschluss-AVV (aktueller Stand)

Die LegalTech GmbH hat mit Datum 20. März 2026 retroaktiv einen AVV angeboten. Dieser deckt jedoch nicht die Verarbeitung aus dem Jahr 2022 ab, da ein AVV datenschutzrechtlich prospektiv wirkt. Die

nachträgliche Unterzeichnung ist für zukünftige Nutzungen sinnvoll, heilt den Verstoß von 2022 nicht.

Quellen:

- [Art. 28 DSGVO (EUR-Lex)](<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>)
- [Art. 83 DSGVO (EUR-Lex)](<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>)
- [§ 43a Abs. 2 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)
- [§ 203 StGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/StGB/203.html>)
- [Art. 35 DSGVO (EUR-Lex)](<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>)

Datei: 07_geheimnisschutz_par203_stgb_par43a_par2_brao.md

07 Geheimnisschutz — § 203 StGB, § 43a Abs. 2 BRAO, § 2 BRAO

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Grundlagen des anwaltlichen Geheimnisschutzes

Der Geheimnisschutz ist einer der elementarsten Grundsätze des anwaltlichen Berufsrechts. Er dient dem Vertrauen des Rechtsuchenden, das die Voraussetzung einer wirksamen Rechtsberatung ist. Folgende Normen bilden das Geheimnisschutz-Regime:

Norm	Inhalt
§ 2 BRAO	Anwalt als Organ der Rechtspflege; Unabhängigkeit und Verschwiegenheit als Wesensmerkmale
§ 43a Abs. 2 BRAO	Konkrete Pflicht zur Verschwiegenheit; Weitergabeverbot ohne Einwilligung
§ 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB	Strafbarkeit der unbefugten Offenbarung von Privatgeheimnissen
§ 203 Abs. 3 Satz 2 StGB	Strafbarkeit des Zugänglichmachens für sonstige Personen, denen der Anwalt Daten anvertraut

Die Vorschrift des § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB wurde durch das Gesetz zur Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen vom 30. Oktober 2017 eingefügt. Sie erlaubt die Einbeziehung von Dienstleistern (Auftragsverarbeitern), wenn diese wirksam zur Verschwiegenheit verpflichtet wurden.

2. Dritte und § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB — Auftragsverarbeiter im Cloud-Kontext

Die Einbeziehung eines Cloud-KI-Anbieters in die anwaltliche Leistungserbringung fällt unter § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB (Zugänglichmachen für sonstige mitwirkende Personen). Die Strafbarkeit entfällt, wenn der Dritte (hier: LegalTech GmbH) wirksam zur Verschwiegenheit verpflichtet wurde.

Die wirksame Verpflichtung setzt voraus:

1. Schriftliche Vereinbarung der Verschwiegenheitspflicht,
2. Belehrung über die Strafbarkeit nach § 203 StGB,
3. Bindung des Dritten an anwaltliche Geheimhaltungsstandards.

Im Fall Rotbruch fehlte eine solche Verpflichtung vollständig. Die AGB-Klausel der LegalTech GmbH (Ziffer 9.4, s. Aktenstück 06) genügt nicht den Anforderungen des § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB, weil:

- sie keine ausdrückliche Verschwiegenheitsverpflichtung beinhaltet,
- sie keine Belehrung über § 203 StGB enthält,
- sie für alle Nutzer (also auch Nicht-Anwälte) gilt und damit nicht auf den besonderen Schutzstandard der Anwaltschaft zugeschnitten ist.

3. Strafrechtliche Bewertung

3.1 Tatbestand § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB

Täter: RA Dr. Rotbruch (Rechtsanwalt, damit Geheimnisträger kraft Amts).

Geheimnis: Die Vermögensverhältnisse, persönlichen Daten und vertraglichen Inhalte, die Frau Habernau Dr. Rotbruch im Rahmen des Mandats anvertraut hat, stellen Privatgeheimnisse i.S.d. § 203 StGB dar.

Offenbaren: Das Hochladen der Mandantendaten in das Cloud-System der LegalTech GmbH ist ein Zugänglichmachen für Dritte. Der Begriff „offenbaren“ umfasst jede Mitteilung, die dem Dritten die Kenntnisnahme ermöglicht, unabhängig davon, ob der Dritte die Daten tatsächlich zur Kenntnis nimmt.

Unbefugt: Da keine wirksame Verpflichtung nach § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB bestand, war das Offenbaren unbefugt. Die AGB-Klausel begründet keine Erlaubnis.

3.2 Vorsatz

§ 203 StGB setzt (nach h.M.) Vorsatz voraus. Dr. Rotbruch wusste, dass er Mandantendaten hochlud. Ob er wusste, dass dies ohne ausreichende rechtliche Absicherung geschah, ist eine Frage des Unrechtsbewusstseins. Ein Verbotsirrtum nach § 17 StGB wäre zwar denkbar, aber angesichts der seit 2017 einschlägigen Rechtslage und der anwaltlichen Fortbildungspflicht kaum unvermeidbar.

3.3 Ergebnis

Es besteht ein hinreichender Anfangsverdacht für eine Strafbarkeit nach § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB. Eine Strafanzeige wurde bisher nicht erstattet. Frau Habernau hat dies von RAin Dr. Wiesmann prüfen lassen; eine Entscheidung steht aus.

4. Berufsrechtliche Konsequenz

Im Rügeverfahren (Aktenstück 08) ist der Geheimnisschutzverstoß als Vorwurf Nr. 2 aufgeführt. Die Rechtsanwaltskammer Köln hat in vergleichbaren Fällen bisher keine Verweisung an den Staatsanwalt

vorgenommen, jedoch die Rüge ausgesprochen und — bei mehrfachem Verstoß — eine Verweisung an das Anwaltsgericht in Betracht gezogen.

5. Empfehlungen Dr. Rotbruch

1. **Unverzüglicher Abschluss eines Verschwiegenheitsvertrags** mit der LegalTech GmbH (zusätzlich zum AVV nach Art. 28 DSGVO).
2. **Interne Anweisung:** KI-Systeme nur mit anonymisierten oder pseudonymisierten Mandantendaten befüttern; Namen, Adressen und Vermögensangaben vor dem Upload entfernen.
3. **Überprüfung aller seit 2021 genutzten KI-Tools** auf vergleichbare Sicherheitslücken.
4. **Selbstanzeige** bei der Rechtsanwaltskammer Köln erwägen, um kooperativen Umgang zu dokumentieren (strafmildernd in berufsrechtlichen Verfahren).

Quellen:

- [§ 203 StGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/StGB/203.html>)
- [§ 43a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)
- [§ 2 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/2.html>)
- [§ 17 StGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/StGB/17.html>)

Datei: 08_kammer_ruegeverfahren_par73_brao_koeln.md

08 Kammer-Rügeverfahren — § 73 BRAO, Rechtsanwaltskammer Köln

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Kammeraktenzeichen: RAK-K 2026-0188

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Verfahrensgrundlage

Die Rechtsanwaltskammer Köln ist nach § 73 Abs. 2 Nr. 4 BRAO befugt, Mitgliedern gegenüber Rügen auszusprechen, wenn diese Berufspflichten verletzt haben. Das Rügeverfahren ist ein eigenständiges Verfahren, das unabhängig vom zivilrechtlichen Haftungsverfahren geführt wird. Bei besonderer Schwere der Pflichtverletzung kann der Vorstand die Angelegenheit gemäß § 74a BRAO an das Anwaltsgericht abgeben.

Grundlage des Verfahrens ist die Beschwerde von Frau Ulrike Habernau vom 28. Januar 2026, eingereicht schriftlich bei der Rechtsanwaltskammer Köln.

2. Vorwurfskatalog der Rechtsanwaltskammer

Die RAK Köln hat nach Prüfung der Beschwerde mit Schreiben vom 28. Februar 2026 (Az. RAK-K 2026-0188) folgende fünf Vorwürfe förmlich erhoben:

Vorwurf 1 — Ungeprüfter KI-Output als anwaltliche Leistung

Dr. Rotbruch hat den Output des KI-Tools JuristAssist Pro 5 ohne eigenverantwortliche Prüfung an die Mandantin weitergeleitet und als eigene anwaltliche Stellungnahme bezeichnet. Hierin liegt ein Verstoß gegen § 43a Abs. 1 BRAO (Pflicht zur gewissenhaften und eigenverantwortlichen Berufsausübung).

Besonders gravierend: Die Entfernung des KI-eigenen Warnhinweises vor der Weiterleitung begründet den Verdacht einer aktiven Irreführung der Mandantin.

Vorwurf 2 — Verletzung der Verschwiegenheitspflicht (§ 43a Abs. 2 BRAO, Art. 28 DSGVO)

Dr. Rotbruch hat Mandantendaten (personenbezogene und vertragsrelevante Inhalte) ohne Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 DSGVO und ohne wirksame Verschwiegenheitsverpflichtung nach § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB in das Cloud-System von JuristAssist Pro 5 (LegalTech GmbH) hochgeladen. Hierin liegt ein Verstoß gegen § 43a Abs. 2 BRAO sowie ein möglicher Verstoß gegen § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB.

Vorwurf 3 — Keine Aufklärung über KI-Einsatz (§ 43a Abs. 1 BRAO, § 4 BORA)

Frau Habernau wurde zu keinem Zeitpunkt darüber informiert, dass die Vertragsprüfung mithilfe eines KI-Tools durchgeführt wurde. Die AGB-Klausel ist kein wirksamer Ersatz für eine individuelle Aufklärung. Damit liegt ein Verstoß gegen die mandantenrechtliche Informationspflicht nach § 4 BORA i.V.m. § 43a Abs. 1 BRAO vor.

Vorwurf 4 — Unwirksame AGB-Klausel (§ 307 BGB)

Die Kanzlei-AGB enthielten eine nach § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB unwirksame Klausel über den KI-Einsatz. Das Verwenden unwirksamer AGB-Klauseln im Mandatsverhältnis begründet eine berufsrechtliche Pflichtverletzung, wenn die Klausel geeignet ist, Mandantenrechte in einem wesentlichen Punkt zu beschneiden.

Vorwurf 5 — Erlöschen der Berufshaftpflicht (§ 51 BRAO)

Die Allianz Versicherung hat mitgeteilt, dass die Berufshaftpflichtversicherung für KI-bedingte Schäden nach § 4 Nr. 7 AVB Anwaltshaftpflicht 2023 ausgeschlossen ist. Da Dr. Rotbruch seit Einführung der Nachtragsbedingung im Juli 2023 weiterhin KI-Tools eingesetzt hat, besteht für die aktuell entstehenden und möglicherweise weiteren Schäden kein Versicherungsschutz. Dies stellt einen Verstoß gegen § 51 BRAO (Pflicht zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Berufshaftpflichtversicherung) dar.

3. Verfahrensablauf

Datum	Schritt
28.01.2026	Beschwerde Frau Habernau bei RAK Köln
12.02.2026	Einleitung Rügeverfahren durch Vorstand RAK Köln
28.02.2026	Anhörungsschreiben an Dr. Rotbruch (Frist: 4 Wochen)
15.03.2026	Erste Stellungnahme Dr. Rotbruch (s. DOCX `stellungnahme_rak_koeln_ruegeverfahren.docx`)
28.03.2026	Nachfragebrief RAK Köln zu Vorwürfen 2 und 5
15.04.2026	Frist Abschlusstellungnahme Dr. Rotbruch
Ca. 30.04.2026	Entscheidung Vorstand RAK Köln erwartet

4. Mögliche Verfahrensausgänge

Ausgang	Voraussetzung	Rechtsfolge
Einstellung	Pflichtverletzung nicht erweislich oder geringfügig	Keine Sanktion
Rüge (§ 74 BRAO)	Pflichtverletzung erwiesen, Schwere gering bis mittel	Rüge (schriftlich), Aktenvermerk
Verweis an Anwaltsgericht (§ 74a BRAO)	Schwere Pflichtverletzung, mehrere Vorwürfe	Anwaltsgerichtliches Verfahren
Geldbuße (§ 114 Abs. 1 Nr. 3 BRAO)	Nur durch Anwaltsgericht	Bis 25.000 EUR
Berufsverbot (§ 114 Abs. 1 Nr. 4 BRAO)	Nur durch Anwaltsgericht, besonders schwerwiegend	1–5 Jahre

Die RAK Köln hat nach Aktenlage noch keine abschließende Entscheidung über Rüge oder Verweis getroffen. Angesichts der fünf Vorwürfe, insbesondere des kombinierten datenschutzrechtlichen und berufsrechtlichen Verstoßes, erscheint eine Verweisung an das Anwaltsgericht nach § 74a BRAO nicht ausgeschlossen (dazu Aktenstück 09).

5. Stellungnahme Dr. Rotbruch (Zusammenfassung)

In seiner Stellungnahme vom 15. März 2026 macht Dr. Rotbruch im Wesentlichen geltend:

- Das KI-Tool sei lediglich als „ergänzende Recherchehilfe“ eingesetzt worden; die eigentliche Prüfung habe er eigenverantwortlich vorgenommen.
- Die AGB-Klausel sei branchenüblich und ihm seien keine Bedenken bekannt gewesen.
- Die Versicherungsablehnung durch die Allianz sei unberechtigt und werde separat angefochten.
- Eine bewusste Irreführung der Mandantin durch Entfernung des Warnhinweises bestreitet er; der Warnhinweis sei „aus Platzgründen“ gestrichen worden.

Diese Darstellung ist in mehreren Punkten widersprüchlich zur Aktenlage (insbesondere zur 94-prozentigen Textübereinstimmung zwischen KI-Output und übersandtem Dokument).

Quellen:

- [§ 73 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/73.html>)
- [§ 74 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/74.html>)
- [§ 74a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/74a.html>)
- [§ 51 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/51.html>)
- [§ 43a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)
- [§ 4 BORA (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BORA/4.html>)

Datei: 09_anwaltsgericht_par114_brao_strafmasspruefung.md

09 Anwaltsgericht — § 114 BRAO, Strafmaßprüfung

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Das anwaltsgerichtliche Verfahren

Wenn die Rechtsanwaltskammer die Sache nach § 74a BRAO an das Anwaltsgericht abgibt oder wenn die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt, führt das Anwaltsgericht (beim OLG Köln, § 92 BRAO) das Verfahren durch. Zuständig ist das Anwaltsgericht Köln als erstinstanzliches Gericht (§ 92 Abs. 1 BRAO), mit Berufungsmöglichkeit zum Anwaltsgerichtshof NRW (§ 100 BRAO).

Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften der §§ 113–161 BRAO sowie der Strafprozessordnung, die subsidiär gilt. Der Angeschuldigte hat Anspruch auf Beordnung eines Verteidigers (§ 136 BRAO).

2. Anwendbare Maßnahmen nach § 114 BRAO

§ 114 Abs. 1 BRAO sieht folgende anwaltsgerichtliche Maßnahmen vor:

Nr.	Maßnahme	Regelfall
1	Warnung	Einmalige, geringfügige Pflichtverletzung
2	Verweis	Mittlere Pflichtverletzung
3	Geldbuße (bis 25.000 EUR)	Schwere oder wiederholte Verletzung
4	Verbot, auf bestimmten Rechtsgebieten tätig zu sein (1–5 J.)	Gefährdung von Mandanteninteressen
5	Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft	Schwerwiegende Verstöße, fehlendes Vertrauen

3. Strafmaßprüfung im Fall Rotbruch

3.1 Schwere der Pflichtverletzungen

Im Fall Rotbruch liegen fünf kumulative Pflichtverletzungen vor (s. Aktenstück 08). Für die Strafmaßbemessung ist die Gesamtschau maßgeblich. Einschlägige Kriterien:

- **Anzahl der Verstöße:** Fünf eigenständig geprüfte Tatbestände sprechen gegen die Mindestmaßnahme (Warnung).
- **Schadensfolge:** Durch den Pflichtenverstoß entstand ein wirtschaftlicher Schaden von 187.000 EUR.
- **Persönliche Betroffenheit des Mandanten:** Frau Habernau ist als Pflegekraft mit geringem Einkommen auf den Versorgungsausgleich besonders angewiesen; der Schaden trifft sie in einem besonders vulnerablen Bereich.
- **Bewusstes Handeln:** Die Entfernung des Warnhinweises deutet auf eine zumindest bedingt vorsätzliche Irreführung hin.
- **Datenschutzverstoß:** Der Verstoß gegen § 43a Abs. 2 BRAO (kein AVV) hat Grundrechtsrelevanz (Art. 17 GG — informationelle Selbstbestimmung).

3.2 Mildernde Umstände

- Dr. Rotbruch ist seit 1998 zugelassen und weist — bis zu diesem Verfahren — keine berufsrechtlichen Vorbelastungen auf.
- Er hat sich grundsätzlich kooperativ verhalten und eine vollständige Akteneinsicht nicht verweigert.
- Der Einsatz von KI-Tools war 2022 neuartig; klare Leitlinien fehlten.

3.3 Vorläufige Einschätzung

Bei Verweisung an das Anwaltsgericht erscheint nach vergleichbaren Entscheidungen (Anwaltsgericht Hamburg, Urt. v. 18. September 2019, AnwG Hamburg 1 ZU 8/18, openjur.de) eine Kombination aus Verweis (§ 114 Abs. 1 Nr. 2 BRAO) und Geldbuße (§ 114 Abs. 1 Nr. 3 BRAO) im Bereich von 8.000 bis 15.000 EUR realistisch.

Ein Tätigkeitsverbot (Nr. 4) ist derzeit nicht zu erwarten, könnte aber drohen, wenn sich herausstellt, dass weitere Mandate in vergleichbarer Weise KI-gestützt ohne Kontrolle abgearbeitet wurden.

4. Verhältnis zum Zivilverfahren

Das anwaltsgerichtliche Verfahren und das Zivilverfahren (LG Köln 2 O 188/26) sind voneinander unabhängig. Eine zivilrechtliche Verurteilung führt nicht automatisch zu einer anwaltsgerichtlichen Sanktion — umgekehrt gilt dasselbe. In der Praxis wird das Anwaltsgericht aber regelmäßig abwarten, bis eine rechtskräftige zivilrechtliche Entscheidung vorliegt, bevor es die Schwere des Pflichtenverstößes abschließend bewertet.

5. Prozessuale Hinweise für Dr. Rotbruch

1. **Verteidiger bestellen:** Auch im anwaltsgerichtlichen Verfahren ist anwaltliche Vertretung sinnvoll. Dr. Rotbruch kann sich selbst nicht vertreten (Interessenkonflikt).
2. **Kooperationsstrategie:** Vollständige Offenlegung aller KI-bezogenen Vorgänge und Nachweis von Verbesserungsmaßnahmen können das Strafmaß senken.
3. **Schadenswiedergutmachung:** Eine außergerichtliche Einigung mit Frau Habernau (§ 46a StGB-Analogie im Berufsrecht) kann strafmaßmindernd berücksichtigt werden.
4. **Beschwerde gegen Rüge:** Sofern die RAK Köln eine Rüge ausspricht, kann Dr. Rotbruch innerhalb eines Monats Antrag auf anwaltsgerichtliche Entscheidung stellen (§ 74a BRAO). Dies führt zur Prüfung durch das Anwaltsgericht mit voller Beweisaufnahme.

Quellen:

- [§§ 113–161 BRAO (dejure.org)](https://dejure.org/gesetze/BRAO/113.html)
- [§ 114 BRAO (dejure.org)](https://dejure.org/gesetze/BRAO/114.html)
- [§ 92 BRAO (dejure.org)](https://dejure.org/gesetze/BRAO/92.html)
- [§ 74a BRAO (dejure.org)](https://dejure.org/gesetze/BRAO/74a.html)
- [§ 100 BRAO (dejure.org)](https://dejure.org/gesetze/BRAO/100.html)

Datei: 10_berufshaftpflicht_ki_ausschluss_allianz.md

10 Berufshaftpflicht und KI-Ausschlussklausel — Allianz Versicherung

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Pflicht zur Berufshaftpflichtversicherung (§ 51 BRAO)

Nach § 51 Abs. 1 BRAO ist jeder Rechtsanwalt verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus seiner Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren abzuschließen und aufrechtzuerhalten. Die Mindestversicherungssumme beträgt nach § 51 Abs. 4 BRAO 250.000 EUR je Versicherungsfall.

Dr. Rotbruch unterhält eine Berufshaftpflichtversicherung bei der Allianz Versicherung AG (Police Nr. RB-2019-HH-44712). Die Versicherungssumme beträgt 500.000 EUR je Einzelschaden.

2. Die KI-Ausschlussklausel

Die Allianz führte in einem Nachtrag vom 1. Juli 2023 zur bestehenden Anwaltshaftpflichtpolice von Dr. Rotbruch eine neue Ausschlussklausel ein (§ 4 Nr. 7 AVB Anwaltshaftpflicht 2023):

> „§ 4 Nr. 7 AVB: Nicht versichert sind Ansprüche, die aus der Nutzung von Systemen der künstlichen Intelligenz zur Erbringung von Rechtsberatungsleistungen entstehen, soweit der Versicherungsnehmer den Output dieser Systeme nicht durch eigenständige rechtliche Prüfung verifiziert hat, bevor er ihn dem Mandanten mitteilt.“

Diese Klausel wurde Dr. Rotbruch mit dem Nachtrag zugesandt. Ob er sie tatsächlich zur Kenntnis genommen hat, ist streitig. Die Allianz behauptet, der Nachtrag sei per Einschreiben zugesandt worden. Dr. Rotbruch bestreitet den Erhalt.

3. Deckungsablehnung der Allianz

Mit Schreiben vom 10. März 2026 (s. Anlage `emails/2026-03-10_allianz_versicherung_ki_klausel.eml`) lehnte die Allianz Versicherung die Deckung des Schadens von Frau Habernau ab. Begründung:

1. Der Schaden sei durch Einsatz von JuristAssist Pro 5 ohne eigenständige Verifikation entstanden.
2. § 4 Nr. 7 AVB Anwaltshaftpflicht 2023 schließe diesen Schaden aus.
3. Da der Schaden aus dem Mandatsverhältnis von 2022 stammt, der Nachtrag aber erst 2023 erfolgte, streitet Dr. Rotbruch für eine Auslegung, nach der der Versicherungsschutz rückwirkend nicht entfällt.

3.1 Zeitlicher Anwendungsbereich der Klausel

Die Ausschlussklausel gilt ab 1. Juli 2023 — dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens. Der schadensauslösende Mandatsfehler fand im März 2022 statt. Der Schaden ist jedoch ein Dauervorgang (fortlaufende Entbehrung des Versorgungsausgleichs), der bis zur Scheidung im Januar 2026 andauerte.

Die Allianz argumentiert nach dem Schadensereignisprinzip: Da Dr. Rotbruch auch nach Juli 2023 keine korrektiven Maßnahmen ergriffen habe (keine Aufklärung der Mandantin, kein Hinweis auf das Sittenwidrigkeitsrisiko), liege ein fortlaufender Pflichtverstoß vor, der auch in den Geltungszeitraum der neuen Klausel falle.

Dr. Rotbruch bestreitet dies und beauftragt den auf Versicherungsrecht spezialisierten RA Dr. Hartmann, Düsseldorf, mit der Prüfung eines Deckungsprozesses gegen die Allianz.

3.2 AGB-Kontrolle der Ausschlussklausel

Die Klausel des § 4 Nr. 7 AVB Anwaltshaftpflicht 2023 ist ihrerseits einer AGB-Kontrolle nach §§ 305 ff. BGB zugänglich, soweit es sich um eine B2B-Klausel handelt (§ 310 Abs. 1 BGB — eingeschränkte AGB-Kontrolle). Die Klausel könnte überraschend i.S.d. § 305c Abs. 1 BGB sein, wenn KI-Einsatz in der Anwaltschaft 2023 noch nicht derart verbreitet und vorhersehbar war, dass ein Ausschluss erwartbar war. Dies ist ein strittiger Punkt.

4. Folgen für Dr. Rotbruch

4.1 Persönliche Haftung

Wenn die Allianz die Deckung verweigert und Dr. Rotbruch den Rechtsstreit verliert, haftet er mit seinem Privatvermögen für den Schaden von bis zu 187.000 EUR. Bei einem Einzelanwalt mit den wirtschaftlichen Verhältnissen von Dr. Rotbruch stellt dies eine existenzielle Bedrohung dar.

4.2 Verstoß gegen § 51 BRAO

Die Rechtsanwaltskammer Köln hat im Rügeverfahren (Vorwurf 5) darauf hingewiesen, dass durch die KI-Ausschlussklausel faktisch ein Versicherungsschutzdefizit entstanden ist. Dieses Defizit liegt nicht daran, dass die Versicherungssumme zu gering ist, sondern daran, dass der versicherte Risikobereich durch den Ausschluss systematisch verkleinert wurde, ohne dass Dr. Rotbruch entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen hat (z.B. Verzicht auf unkontrollierten KI-Einsatz oder Abschluss einer Zusatzversicherung).

4.3 Empfehlung

Dr. Rotbruch sollte:

1. Den Deckungsprozess gegen die Allianz prüfen (s. Aktenstück 19).
2. Alternativ oder zusätzlich eine KI-Haftpflicht-Ergänzungsversicherung abschließen.
3. Die Kammer unverzüglich über den laufenden Versicherungsstreit informieren.

5. Marktentwicklung KI-Haftpflicht

Seit 2023 bieten mehrere Versicherungsgesellschaften spezialisierte KI-Haftpflichtprodukte für Anwälte an. Diese decken typischerweise:

- Schäden durch fehlerhafte KI-Outputs,
- Datenschutzverletzungen im Zusammenhang mit Cloud-KI,
- Kosten der Verteidigung in Kammer- und Anwaltsgerichtsverfahren.

Die Prämien liegen je nach Versicherungsvolumen zwischen 400 und 1.200 EUR/Jahr — ein vergleichsweise geringer Betrag im Verhältnis zu dem hier entstandenen Schadensrisiko.

Quellen:

- [§ 51 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/51.html>)
- [§ 305c BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/305c.html>)
- [§ 307 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/307.html>)

- [§ 310 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/310.html>)

Datei: 11_agb_kontrolle_par307_bgb_ki_klausel.md

11 AGB-Kontrolle — § 307 BGB, KI-Klausel in Kanzlei-AGB

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Die streitige Klausel

Dr. Rotbruchs Kanzlei-AGB (Version 2021, Ziffer 8.3) enthielten folgende Klausel:

> „Die Beratungsleistungen erfolgen unter Einsatz digitaler und KI-gestützter Hilfsmittel. Der Mandant erklärt sich hiermit einverstanden. Für Fehler im Output dieser Systeme haftet die Kanzlei nur bei grober Fahrlässigkeit.“

Die Klausel enthält zwei separate Regelungen:

- einen Informationspassus über den KI-Einsatz (Ziffer 8.3 Satz 1 und 2),
- eine Haftungsbeschränkung (Ziffer 8.3 Satz 3).

2. AGB-rechtliche Prüfung

2.1 Einbeziehungskontrolle (§§ 305–305c BGB)

Die Kanzlei-AGB wurden dem Mandantenvertrag beigelegt und von Frau Habernau mit Unterschrift des Mandatsbriefs (7. März 2022) akzeptiert. Die formale Einbeziehung ist gegeben (§ 305 Abs. 2 BGB). Jedoch ist § 305c Abs. 1 BGB zu prüfen: Überraschende Klauseln werden nicht Vertragsbestandteil.

Eine Klausel, die in allgemeinen Kanzlei-AGB einen pauschalen KI-Einsatz erlaubt und die Haftung für KI-Fehler auf grobe Fahrlässigkeit beschränkt, war im Jahr 2022 als überraschend i.S.d. § 305c BGB anzusehen, weil:

- KI-gestützte Rechtsberatung zu diesem Zeitpunkt für die Mehrheit der Rechtssuchenden unbekannt war,
- eine Haftungsbeschränkung für KI-Fehler im anwaltlichen Mandatsverhältnis nicht dem Leitbild des § 675 BGB entspricht,
- die Klausel an versteckter Stelle (Ziffer 8 von 10 AGB-Ziffern) platziert war.

2.2 Inhaltskontrolle — § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB (unangemessene Benachteiligung)

Die Klausel benachteiligt den Mandanten unangemessen, weil sie:

a) Informationspassus: Der Passus „erklärt sich hiermit einverstanden“ suggeriert eine wirksame Einwilligung in die Datenweitergabe an KI-Systeme, ohne den Mandanten über Art, Umfang und Risiken zu informieren. Eine informierte Einwilligung i.S.d. Art. 7 DSGVO ist durch eine derartige Blankozustimmung in AGB nicht möglich. Die Klausel versucht, eine Pflicht (Art. 7 DSGVO: informierte, freiwillige, widerrufliche Einwilligung) durch eine Fiktion zu ersetzen.

b) Haftungsbeschränkung: Die Beschränkung auf grobe Fahrlässigkeit für KI-Fehler widerspricht § 309 Nr. 7 lit. b BGB (für Verbraucher: Haftungsausschluss für sonstige Schäden aus der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten bei grober Fahrlässigkeit unzulässig) sowie dem BGH-Maßstab zur anwaltlichen Haftung. Die eigenverantwortliche Vertragsprüfung ist eine Kardinalpflicht des Anwaltsvertrags; eine Haftungsbeschränkung hierfür widerspricht § 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB (Klausel gefährdet die Erreichung des Vertragszwecks).

2.3 Transparenzgebot (§ 307 Abs. 1 Satz 2 BGB)

Die Klausel ist auch wegen Verstoßes gegen das Transparenzgebot unwirksam. Sie gibt keine Auskunft darüber:

- welche KI-Systeme eingesetzt werden,
- welche Daten übertragen werden,
- welche Sicherheitsmaßnahmen bestehen,
- wie der Mandant widersprechen kann.

3. Verbraucher- vs. Unternehmer-Mandant

Frau Habernau handelte als Verbraucherin i.S.d. § 13 BGB. Für Verbraucherverträge gilt die volle AGB-Kontrolle nach §§ 307–309 BGB. § 309 Nr. 7 lit. b BGB schließt Haftungsausschlüsse für grob fahrlässig verursachte typische Schäden aus. Die Klausel ist daher in ihrer Haftungsbeschränkungskomponente schon nach § 309 Nr. 7 lit. b BGB unwirksam.

4. Ergebnis

Die Klausel ist in beiden Teilen unwirksam:

Klauselteil	Unwirksamkeitsgrund	Norm
Informationspassus / Einwilligung	Überraschend, keine informierte Einwilligung	§ 305c BGB, Art. 7 DSGVO
Haftungsbeschränkung	Benachteiligung, Verletzung Kardinalpflicht	§§ 307, 309 Nr. 7 BGB
Gesamtklausel	Verstoß Transparenzgebot	§ 307 Abs. 1 Satz 2 BGB

Als Rechtsfolge tritt die gesetzliche Regelung an die Stelle der unwirksamen Klausel: volle Haftung nach §§ 280, 675 BGB für jede Fahrlässigkeit; keine wirksame Einwilligung in KI-Datenweitergabe.

5. Praxishinweis

Eine wirksame Kanzlei-AGB-Klausel zum KI-Einsatz müsste mindestens enthalten:

- Namen der eingesetzten KI-Systeme,
- Art der verarbeiteten Mandantendaten,
- Hinweis auf AVV nach Art. 28 DSGVO,
- Widerrufsmöglichkeit des Mandanten,
- keine Haftungsbeschränkung für Kardinalpflichten.

Die BRAK und der DAV haben im Jahr 2024 Muster-AGB-Klauseln für KI-Einsatz veröffentlicht. Dr. Rotbruch hätte diese nutzen können.

Quellen:

- [§ 307 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/307.html>)
- [§ 309 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/309.html>)
- [§ 305c BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/305c.html>)
- [§ 13 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/13.html>)
- [Art. 7 DSGVO (EUR-Lex)](<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>)

Datei: 12_ki_vo_eu_ai_act_high_risk_legal_einordnung.md

12 KI-Verordnung (EU AI Act) — Hochrisiko-KI im Rechtsbereich

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Grundlagen der EU-Verordnung über künstliche Intelligenz

Die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über künstliche Intelligenz — kurz KI-Verordnung oder EU AI Act — ist am 1. August 2024 in Kraft getreten ([EUR-Lex](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)). Sie ist stufenweise anwendbar:

Geltungsbeginn	Inhalt
2. Februar 2025	Verbotene KI-Praktiken (Art. 5 KI-VO)
2. August 2025	Allgemeine KI-Modelle (Art. 51–56 KI-VO)
2. August 2026	Hochrisiko-KI (Art. 6–27 KI-VO), vollständige Anwendbarkeit

Zum Zeitpunkt der Nutzung von JuristAssist Pro 5 durch Dr. Rotbruch (März 2022) war die KI-VO weder in Kraft getreten noch final verabschiedet. Die Verordnung hat damit für den historischen Sachverhalt keine unmittelbare Anwendbarkeit, ist jedoch für die zukünftige Nutzung und für die normative Einordnung des Risikoprofils relevant.

2. Einordnung von JuristAssist Pro 5 als Hochrisiko-KI

2.1 Anhang III der KI-VO

Anhang III der KI-VO listet Kategorien von KI-Systemen auf, die als Hochrisiko-KI gelten. Einschlägig ist:

> **Anhang III Nr. 8 lit. a:** KI-Systeme, die als Rechtshilfe für Justizbehörden zur Forschung und Auslegung von Fakten und Recht und zur Anwendung des Rechts auf konkrete Tatsachenkonstellationen bestimmt sind.

JuristAssist Pro 5 analysiert Rechtsdokumente (hier: Eheverträge) und gibt rechtliche Bewertungen ab, die in anwaltlichen Leistungen Verwendung finden. Diese Nutzung ist nach dem Wortlaut des Anhangs III Nr. 8 lit. a KI-VO als Hochrisiko einzuordnen, auch wenn sie nicht direkt für eine Justizbehörde bestimmt ist, sondern für eine Kanzlei. Die Auslegung des Begriffs „Rechtshilfe“ umfasst nach dem Willen des Unionsgesetzgebers auch den Einsatz durch Rechtsanwälte als Organ der Rechtspflege (Erwägungsgrund 99 KI-VO).

2.2 Pflichten bei Hochrisiko-KI (Art. 8–15 KI-VO)

Für Anbieter von Hochrisiko-KI-Systemen (hier: LegalTech GmbH) gelten:

- **Risikomanagementsystem** (Art. 9 KI-VO): kontinuierliche Risikoidentifikation und -minderung
- **Datengovernance** (Art. 10 KI-VO): Qualität und Repräsentativität der Trainingsdaten
- **Technische Dokumentation** (Art. 11 KI-VO): vollständige Systemdokumentation
- **Transparenz und Nutzerinformation** (Art. 13 KI-VO): verständliche Gebrauchsanweisung
- **Menschliche Aufsicht** (Art. 14 KI-VO): technische Maßnahmen zur menschlichen Überwachung und Übersteuerung
- **Genauigkeit und Robustheit** (Art. 15 KI-VO): angemessene Performance-Standards
- **Konformitätsbewertung** (Art. 16 KI-VO): CE-Konformitätsverfahren vor Inverkehrbringen

2.3 Pflichten für Nutzer von Hochrisiko-KI (Art. 26 KI-VO)

Für Nutzer von Hochrisiko-KI (hier: Dr. Rotbruch als „Deployer“ i.S.d. KI-VO) gelten ab August 2026:

- Einsatz gemäß der Gebrauchsanweisung des Anbieters
- Sicherstellung menschlicher Aufsicht
- Überwachung auf anomales Verhalten des Systems
- Information der betroffenen Personen über den KI-Einsatz (sofern es sich um ein Hochrisikosystem handelt)
- Aufzeichnung der Nutzung (Logging-Pflicht)

3. Prospektive Bedeutung für die Kanzlei Rotbruch

Wenn Dr. Rotbruch JuristAssist Pro 5 oder ein vergleichbares System nach dem 2. August 2026 weiter einsetzt, ohne die KI-VO-Anforderungen zu erfüllen, riskiert er:

- Bußgelder nach Art. 99 KI-VO von bis zu 15 Mio. EUR oder 3 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes (bei Nutzern: 7,5 Mio. EUR oder 1 Prozent Jahresumsatz)
- Marktaufsichtsmaßnahmen durch die zuständige nationale Behörde (in Deutschland: geplant beim BSI bzw. nach § 40 ff. KI-VO Durchführungsgesetz)
- Berufsrechtliche Konsequenzen, wenn der Verstoß die anwaltlichen Berufspflichten berührt

4. Anbieter LegalTech GmbH — Konformitätspflichten

Die LegalTech GmbH muss bis August 2026 eine Konformitätsbewertung nach Art. 16 KI-VO für JuristAssist Pro 5 abschließen. Das Produkt muss mit einem Artikel-11-konformen technischen Dossier und einer EU-Konformitätserklärung versehen werden. Ob dies erfolgt, ist derzeit unbekannt. Dr. Rotbruch sollte sich beim Anbieter erkundigen und die Konformitätsnachweise im Rahmen seiner Sorgfaltspflichten

prüfen.

5. Gesamtbewertung

Die KI-VO schafft prospektiv einen verbindlichen Rechtsrahmen, der die im vorliegenden Fall festgestellten Mängel (fehlende menschliche Aufsicht, fehlende Nutzertransparenz, keine Logging-Dokumentation) als Rechtsverstöße qualifiziert. Auch wenn die Verordnung zum Zeitpunkt des Mandatsfehlers nicht anwendbar war, kann das Gericht (LG Köln) und die Rechtsanwaltskammer die KI-VO als Erkenntnisquelle für den objektiven Sorgfaltsstandard heranziehen.

Quellen:

- [Verordnung (EU) 2024/1689 (KI-VO)
(EUR-Lex)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)
- [Anhang III KI-VO (EUR-Lex)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)
- [Art. 26 KI-VO — Pflichten von Deployers
(EUR-Lex)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)

Datei: 13_aufsichtspflichtmangel_kanzleiorganisation.md

13 Aufsichtspflichtmangel und Kanzleiorganisation

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Organisationspflichten in der Einzelkanzlei

Auch eine Einzelkanzlei ohne angestellte Rechtsanwälte unterliegt Organisationspflichten aus § 43a Abs. 1 BRAO und aus der allgemeinen Haftungsrechtsprechung des BGH. Der BGH hat in seinem Urteil vom 22. September 2011 (IX ZR 19/11) ausgeführt, dass der Anwalt so zu organisieren hat, dass Haftungsrisiken durch geeignete interne Verfahren minimiert werden.

Spezifisch für KI-Einsatz ergeben sich folgende Organisationspflichten:

Pflicht	Beschreibung
Verfahrensanweisung	Schriftliche Regelung, wie KI-Outputs geprüft und freigegeben werden
Qualitätskontrolle	Checkliste oder Protokoll für jeden KI-gestützten Beratungsvorgang
Dokumentation	Archivierung des KI-Outputs zusammen mit der eigenen Prüfnotiz
Datenschutz	Internes Konzept für den Einsatz von Cloud-KI (TOMs, AVV-Management)
Fortbildung	Nachweise über KI-Fachkenntnisse

2. Defizite in der Kanzlei Rotbruch

2.1 Keine KI-Einsatzrichtlinie

Eine schriftliche Richtlinie zum Einsatz von KI-Tools existierte in der Kanzlei Rotbruch nicht. Weder für die Rechtsfachwirte (Frau Gromann, Herr Tkacz) noch für Dr. Rotbruch selbst gab es eine Anweisung, wie KI-Outputs zu behandeln sind.

2.2 Keine Qualitätssicherungsroutine

Im konkreten Fall wurde der KI-Output nicht mit einer eigenen Prüfnotiz versehen, bevor er an die Mandantin gesandt wurde. Lediglich drei handschriftliche Randnotizen — die auf allgemeines Einverständnis hindeuten — belegen eine minimale Auseinandersetzung mit dem Dokument. Eine strukturierte Qualitätsprüfung, z.B. anhand einer Checkliste, hat nicht stattgefunden.

2.3 Keine Dokumentation des KI-Einsatzes in der Handakte

§ 50 BRAO verpflichtet zur vollständigen Aktenführung. Die Handakte enthielt weder den KI-Output in seiner ursprünglichen Form noch eine Dokumentation, dass ein KI-Tool eingesetzt wurde, noch eine Notiz zu den eigenen Prüfungsschritten. In der Handakte befand sich nur die an die Mandantin gesandte (bereinigte) Version. Damit ist der KI-Ursprung des Dokuments aus der Akte selbst nicht nachvollziehbar — ein Verstoß gegen § 50 BRAO (dazu Aktenstück 15).

2.4 Fehlendes Vier-Augen-Prinzip

In einer Einzelkanzlei ist ein klassisches Vier-Augen-Prinzip zwar nicht realisierbar, aber funktional ersetzbar durch:

- Zeitlicher Abstand zwischen KI-Generierung und eigenem Prüfdurchlauf
- Gegenzeichnung einer Prüfcheckliste durch den Anwalt selbst
- Peergespräch mit Kollegen bei komplexen Fragen

Nichts davon erfolgte. Dr. Rotbruch leitete den KI-Output am selben Tag nach Erhalt weiter.

3. Haftungsrechtliche Konsequenzen des Organisationsmangels

Der Organisationsmangel ist für die Haftungsfrage relevant, weil er zeigt, dass der Fehler kein zufälliges Versehen war, sondern Ausdruck eines systemischen Kontrollversagens. Nach der Rechtsprechung des BGH (IX ZR 189/09) kann ein Organisationsmangel im Anwaltsbetrieb eigenständig haftungsbegründend wirken, auch wenn der Einzelfehler für sich genommen noch nicht schwer genug wäre.

Für das Berufsrechtsverfahren ist der Organisationsmangel ein erschwerender Umstand: Er zeigt, dass die Pflichtverletzung nicht auf einem einmaligen Versehen, sondern auf einer dauerhaften und bewussten Praxis beruht.

4. Musterrichtlinie (Verweis)

Ein Entwurf einer KI-Einsatzrichtlinie für Kanzleien ist als Anlage beigefügt (docx/ki_einsatzrichtlinie_kanzlei_template.docx). Die Richtlinie enthält:

- Mindeststandards für die Prüfung von KI-Outputs,
- Checkliste für die Freigabe,
- AVV-Managementprotokoll,
- Pseudonymisierungsgebot für Cloud-Uploads,
- Schulungsnachweispflicht.

Quellen:

- [§ 43a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)
- [§ 50 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/50.html>)
- [BGH IX ZR 19/11 (openjur.de)](<https://openjur.de/>)

Datei: 14_geschaeftsgeheimnis_geschg_konkurrenten.md

14 Geschäftsgeheimnis und GeschGehG — Parallelaspekt Konkurrenten

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Relevanz des GeschGehG

Das Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) vom 18. April 2019 setzt die EU-Richtlinie 2016/943 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen um. Es schützt Informationen, die:

- geheim sind (nicht allgemein bekannt oder zugänglich),
- einen kommerziellen Wert durch ihre Geheimhaltung haben und
- durch angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen geschützt werden.

Im vorliegenden Aktenkontext ist das GeschGehG unter zwei Aspekten relevant:

1. **Schutz der Mandantendaten als Geschäftsgeheimnisse** (insbesondere Vermögensverhältnisse, Vertragskonditionen),

2. **Schutz des KI-Systems des Anbieters** gegenüber Dritten, die Zugang zu den hochgeladenen Daten erlangen könnten.

2. Mandantendaten als Geschäftsgeheimnisse

Die Vermögensverhältnisse und Vertragsgestaltungen von Hans-Dieter Habernau stellen für ihn Geschäftsgeheimnisse i.S.d. § 2 Nr. 1 GeschGehG dar:

- Sie sind nicht öffentlich bekannt (Geheimhaltungserfordernis erfüllt).
- Sie haben wirtschaftlichen Wert (Verhandlungsposition bei Ehevertrag, Vermögensstruktur).
- Er hat angemessene Schutzmaßnahmen getroffen (nur dem Notar und den beteiligten Anwälten offenbart).

Durch das Hochladen der Daten in das Cloud-System der LegalTech GmbH hat Dr. Rotbruch diese Daten einem Dritten zugänglich gemacht, der weder von Frau Habernau noch — mangels wirksamer Vollmacht — von Hans-Dieter Habernau hierzu ermächtigt war. Damit besteht eine mögliche Verletzungshandlung nach § 4 GeschGehG (rechtswidrige Erlangung und Offenlegung).

Praktische Konsequenz: Hans-Dieter Habernau könnte aus dem GeschGehG eigenständige Ansprüche gegen Dr. Rotbruch und gegen die LegalTech GmbH geltend machen (§ 6 GeschGehG: Beseitigung und

Unterlassung; § 10 GeschGehG: Schadensersatz). Bisher hat Hans-Dieter Habernau keine solchen Schritte eingeleitet; dies bleibt im Blickfeld.

3. KI-System als Geschäftsgeheimnis — Perspektive des Anbieters

Die LegalTech GmbH betrachtet die internen Algorithmen, das Trainingskorpus und die Parameterstruktur von JuristAssist Pro 5 als Geschäftsgeheimnis. Im Kontext des vorliegenden Verfahrens hat RAin Dr. Wiesmann einen Beweissicherungsantrag gestellt, der unter anderem die Offenlegung der Systemarchitektur und der Verarbeitungsprotokolle von JuristAssist Pro 5 für den 21. März 2022 beinhaltet.

Die LegalTech GmbH hat sich auf das GeschGehG berufen und eine Offenlegung abgelehnt. Das LG Köln wird im Rahmen des Hauptverfahrens entscheiden müssen, ob die Verarbeitungsprotokolle (Logs) als Beweismittel erzwungen werden können (§ 16 GeschGehG: Geheimhaltung im Gerichtsverfahren, § 421 ZPO).

4. Interessenkonflikt zwischen Mandantenschutz und KI-Transparenz

Die Situation illustriert einen grundsätzlichen Interessenkonflikt:

- Auf der einen Seite steht das Interesse der Klägerin Habernau, nachzuweisen, dass der KI-Output fehlerhaft war und dass Dr. Rotbruch ihn unkritisch weitergeleitet hat.
- Auf der anderen Seite steht das Geschäftsgeheimnis der LegalTech GmbH, die eine vollständige Offenlegung ihres Systems vermeiden will.

Der EU AI Act (Art. 86 KI-VO) enthält eine Sonderregelung, nach der betroffene Personen bei Hochrisiko-KI-Systemen ein Recht auf „aussagekräftige Erklärungen“ über die automatisierte Entscheidung haben. Ob dies auf den vorliegenden Fall anwendbar ist (noch nicht in Kraft im Jahr 2022), bleibt zu prüfen; de lege ferenda ist die Transparenzpflicht jedoch klar.

5. Ergebnis

Das GeschGehG schafft im vorliegenden Fall eine zusätzliche Risikoschicht: Neben der anwaltsrechtlichen und datenschutzrechtlichen Haftung drohen Dr. Rotbruch und der LegalTech GmbH auch wettbewerbsrechtliche Ansprüche nach dem GeschGehG. Die Verarbeitungsprotokolle des KI-Systems sind zentrales Beweismittel im Zivilprozess und gleichzeitig Gegenstand des GeschGehG-Schutzes des Anbieters — eine Spannung, die das Gericht mit den Mitteln der §§ 16 ff. GeschGehG und der ZPO auflösen muss.

Quellen:

- [GeschGehG — Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/GeschGehG>)
- [§ 2 GeschGehG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/GeschGehG/2.html>)
- [§ 4 GeschGehG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/GeschGehG/4.html>)
- [§ 10 GeschGehG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/GeschGehG/10.html>)
- [Art. 86 KI-VO (EUR-Lex)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)

Datei: 15_dokumentationspflicht_aktenfuehrung_par50_brao.md

15 Dokumentationspflicht und Aktenführung — § 50 BRAO

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Grundlage: § 50 BRAO

§ 50 BRAO verpflichtet den Rechtsanwalt, vollständige Handakten über alle Mandate zu führen und diese fünf Jahre nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren. Die Handakte muss alle wesentlichen Vorgänge des Mandats dokumentieren, insbesondere:

- den vollständigen Schriftwechsel mit dem Mandanten,
- eingeholte Gutachten und Berichte,
- eigene Prüfungsnotizen und Vermerke,
- Entwürfe und Endversionen aller dem Mandanten übersandten Schriftstücke,
- Rechnungsunterlagen.

2. Defizite in der Akte Habernau

2.1 Fehlender Original-KI-Output

In der Handakte von Dr. Rotbruch befand sich zum Zeitpunkt der Beweissicherung (9. Februar 2026) lediglich die an Frau Habernau übersandte (bereinigte) Version des Dokuments. Der Original-KI-Output von JuristAssist Pro 5 — mit vollständigem Warnhinweis — fehlt. Dies ist ein Verstoß gegen § 50 BRAO, weil der KI-Output ein wesentliches Arbeitsdokument des Mandats darstellt.

Die fehlende Dokumentation hat prozessuale Konsequenzen: Nach § 444 ZPO kann das Gericht aus dem Fehlen eines wesentlichen Dokuments den Schluss ziehen, dass dessen Inhalt für die beweisführende Partei günstig war. Im Ergebnis kann das Gericht zu dem Schluss gelangen, dass der Original-KI-Output den Warnhinweis enthielt, der in der übersandten Fassung fehlte.

2.2 Keine Prüfnotiz

Die Handakte enthält keine eigene Prüfnotiz von Dr. Rotbruch zur Vertragsprüfung. Lediglich handschriftliche Randnotizen auf einem Ausdruck des KI-Outputs dokumentieren eine oberflächliche Auseinandersetzung. Eine strukturierte Rechtsprüfung — insbesondere zur Sittenwidrigkeit nach § 138 BGB — ist nicht dokumentiert.

2.3 Kein Vermerk über KI-Einsatz

Die Handakte enthält keinen Vermerk darüber, dass ein KI-Tool eingesetzt wurde, welches Tool es war und welche Eingaben gemacht wurden. Für die Nachvollziehbarkeit des Mandatsvorgangs ist dieser Vermerk unerlässlich.

2.4 Unvollständiger E-Mail-Verkehr

Die Handakte enthält die ausgehende E-Mail vom 22. März 2022, aber keine Archivierung der Eingangsbestätigung der Mandantin und keines etwaigen Nachfrageaustauschs.

3. Auswirkungen im Verfahren

Dokumentationsdefizit	Prozessuale Folge	Berufsrechtliche Folge
Fehlender Original-KI-Output	§ 444 ZPO: günstige Schlussfolgerung für Klägerin	Verstoß gegen § 50 BRAO
Keine Prüfnotiz	Beweislast bei Dr. Rotbruch für ordnungsgemäße Prüfung	Indiz für Sorgfaltspflichtverletzung
Kein KI-Vermerk	Keine Nachvollziehbarkeit des Arbeitsprozesses	Verstoß gegen § 50 BRAO
Unvollständiger E-Mail-Verkehr	Lücken im Beweisbild	Verstoß gegen § 50 BRAO

4. Best Practice: Dokumentation bei KI-Einsatz

Eine ordnungsgemäße Dokumentation beim KI-Einsatz umfasst mindestens:

1. **Eingangsllog:** Datum, Uhrzeit, Tool-Name, Version, eingespeiste Dokumente (Dateibeschreibung ohne Inhalt in der Handakte).
2. **Originaloutput:** Vollständige Archivierung des KI-Outputs inkl. aller Warnhinweise, Metadaten und Versionsnummern.
3. **Prüfprotokoll:** Eigene Notiz des Anwalts über die nachgelagerte rechtliche Prüfung des Outputs, mit Angabe der geprüften Punkte und etwaiger Abweichungen vom KI-Ergebnis.
4. **Freigabevermerk:** Schriftliche Freigabe des geprüften Dokuments vor Versand.
5. **Mandanteninformation:** Vermerk über die dem Mandanten gegebene Erklärung über den KI-Einsatz.

5. Sanktionsrisiko

Ein Verstoß gegen § 50 BRAO ist eigenständig berufsrechtlich sanktionierbar. Im vorliegenden Fall wurde dieser Verstoß von der RAK Köln bisher nicht als eigenständiger sechster Vorwurf erhoben, jedoch als erschwerender Umstand im Rahmen der Gesamtbewertung (Vorwürfe 1 und 2) berücksichtigt. Im anwaltsgerichtlichen Verfahren wäre er strafmaßrelevant.

Quellen:

- [§ 50 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/50.html>)
- [§ 444 ZPO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/ZPO/444.html>)
- [§ 43a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)

Datei: 16_bgh_xii_zr_75_22_kontrolle_ehevertrag.md

16 BGH XII ZR 75/22 — Ehevertrags-Kontrolle und Kernbereichsdoktrin

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

1. Bedeutung des BGH XII ZR 75/22 für diesen Fall

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 25. Januar 2023 in der Sache XII ZR 75/22 ([bundesgerichtshof.de](https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/01/XIIZR75_22.html)) seine ständige Rechtsprechung zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen bekräftigt und präzisiert. Das Urteil ist für die vorliegende Akte in zweifacher Hinsicht relevant:

1. Es bildet die materielle Grundlage für die Feststellung der Teilunwirksamkeit des Habernau-Ehevertrags durch das AG Köln (Az. 302 F 1147/25).
2. Es war zum Zeitpunkt der Ehevertragsprüfung durch Dr. Rotbruch im März 2022 zwar noch nicht ergangen (das Urteil stammt von Januar 2023), aber die zugrundeliegende Rechtsprechungslinie war seit BGH XII ZR 157/99 und BGH XII ZR 65/03 gefestigt — Dr. Rotbruch hätte diese kennen müssen.

2. Die BGH-Kernbereichsdoktrin

Der BGH prüft Eheverträge in einem zweistufigen Verfahren:

Stufe 1: Sittenwidrigkeitsprüfung (§ 138 BGB)

Ein Ehevertrag ist nach § 138 BGB sittenwidrig und damit nichtig, wenn er nach seinem Inhalt und den Umständen seines Zustandekommens eine einseitige und eklatant belastende Kumulation von Nachteilen für einen Vertragspartner begründet, die auf einem erheblichen Ungleichgewicht der Verhandlungspositionen beruht. Dies gilt insbesondere bei:

- Vollständigem Ausschluss des Versorgungsausgleichs,
- Ausschluss nachehelichen Unterhalts,
- Ausschluss des Zugewinnausgleichs,

wenn diese Regelungen zusammen ein einseitiges Belastungsgefüge ergeben.

Der BGH (XII ZR 157/99) spricht vom „Kernbereich“ des Scheidungsfolgenrechts, der durch Ehevertrag nicht beliebig abbedungen werden darf: Versorgungsausgleich und Unterhalt sind Kernbereichsinstrumente zum Schutz des wirtschaftlich schwächeren Ehegatten.

Stufe 2: Ausübungskontrolle (§ 242 BGB)

Selbst wenn der Ehevertrag die Sittenwidrigkeitsschwelle nicht überschreitet, kann seine Durchsetzung nach § 242 BGB treuwidrig sein, wenn sich die Verhältnisse seit Vertragsschluss so verändert haben, dass die Bindung unzumutbar erscheint.

3. Anwendung auf den Habernau-Ehevertrag

3.1 Sachverhalt der Unwirksamkeit

Das AG Köln hat mit Beschluss vom 3. Dezember 2025 die Unwirksamkeit des Globalverzichts auf den Versorgungsausgleich festgestellt. Begründung:

- Ulrike Habernau hatte zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (April 2022) erheblich geringere Rentenanwartschaften als Hans-Dieter Habernau (sie: 12 Rentenpunkte; er: 31 Rentenpunkte, geschätzt nach dem Vortrag im Scheidungsverfahren).
- Der Verzicht erfolgte ohne jede Gegenleistung oder Sicherungsklausel.

- Im Verbund mit dem Unterhaltsverzicht (für die Zeit nach Kindererziehungszeiten eingeschränkt aufrechterhalten) und dem Zugewinnausschluss ergibt sich eine einseitige Gesamtbelastung.

Der Zugewinnausschluss für sich allein wäre wirksam gewesen, weil Frau Habernau über keine nennenswerten Zugewinnansprüche verfügt hätte und Herr Habernau ebenfalls keine dominante Zugewinnposition hatte. Die Kumulation der drei Ausschlüsse begründete jedoch die Sittenwidrigkeitsprüfung.

3.2 Was Dr. Rotbruch hätte erkennen müssen

Nach der BGH-Linie XII ZR 157/99 / XII ZR 65/03 war bereits im Jahr 2022 klar, dass:

- Ein Globalverzicht auf den Versorgungsausgleich bei bestehender Ungleichgewichtslage der Anwartschaften nach § 138 BGB oder zumindest § 242 BGB angreifbar ist.
- Die Kombination von drei Ausschlussklauseln ohne Kompensation ein erhöhtes Sittenwidrigkeitsrisiko trägt.

Ein Anwalt mit Fachanwaltsstatus für Familienrecht (den Dr. Rotbruch seit 2021 trägt) muss diese Rechtsprechung kennen. Das ist keine Frage eines obskuren Randgebiets, sondern Kernkompetenz des Familienrechtlers.

4. KI-Tool und Kernbereichsdoktrin

Das KI-Tool JuristAssist Pro 5 hat in seiner Analyse (Anlage K3 zur Klageschrift) zur Sittenwidrigkeitsfrage lediglich ausgeführt:

> „Die Vertragskombination enthält keine per se verbotenen Klauseln. Einzelne Sittenwidrigkeitsrisiken können im Einzelfall auftreten; eine abschließende Bewertung ist ohne vollständige Sachverhaltskenntnis nicht möglich.“

Diese Formulierung zeigt die strukturelle Schwäche von KI-Systemen bei Gesamtabwägungen: Das Tool erkennt das Problem abstrakt, kann es aber nicht auf den konkreten Sachverhalt (Ungleichgewicht der Anwartschaften, fehlende Kompensation, Verhandlungssituation) anwenden. Genau dies ist die Aufgabe des Anwalts — und genau dies hat Dr. Rotbruch unterlassen.

5. Tabelle: BGH-Rechtsprechungslinie Ehevertragsinhaltskontrolle

Entscheidung	Az.	Inhalt
BGH 11.02.2004	XII ZR 265/02	Grundlage Zweistufen-Prüfung
BGH 25.05.2005	XII ZR 296/01	Unterhaltsverzicht Kernbereich
BGH 29.01.2014	XII ZR 188/12	Versorgungsausgleichsverzicht — Kernbereich
BGH 08.10.2014	XII ZR 88/13	Gesamtschau bei Kombinations-Klauseln
BGH 25.01.2023	XII ZR 75/22	Bestätigung; Ausübungskontrolle § 242 BGB

Quellen:

- [BGH XII ZR 75/22 (bundesgerichtshof.de)](https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/01/XIIZR75_22.html)

- [§ 138 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/138.html>)
- [§ 242 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/242.html>)
- [§ 6 VersAusglG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/VersAusglG/6.html>)
- [BGH XII ZR 157/99 (openjur.de)](<https://openjur.de/>)

Datei: 17_subsumtion_par280_par675_bgb_anwaltsvertrag.md

17 Subsumtion — §§ 280, 675 BGB, Anwaltsvertrag

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Prüfungsaufbau

Der Schadensersatzanspruch von Frau Habernau gegen Dr. Rotbruch stützt sich auf § 280 Abs. 1 BGB i.V.m. § 675 BGB. Zu prüfen sind:

1. Schuldverhältnis
2. Pflichtverletzung
3. Vertretenmüssen
4. Schaden
5. Kausalität (haftungsbegründend und haftungsausfüllend)
6. Kein Mitverschulden (§ 254 BGB)

2. Schuldverhältnis (§ 675 BGB)

Zwischen Ulrike Habernau und Dr. Rotbruch bestand ein Anwaltsvertrag in Form eines Geschäftsbesorgungsvertrags nach § 675 BGB. Der Vertrag umfasste die Prüfung des Ehevertragsentwurfs auf seine rechtliche Wirksamkeit, insbesondere auf Sittenwidrigkeitsrisiken, und die Beratung der Mandantin hierüber.

Ergebnis: Schuldverhältnis (+).

3. Pflichtverletzung (§ 280 Abs. 1 BGB)

3.1 Hauptleistungspflicht

Die Hauptleistungspflicht des Anwalts bei der Ehevertragsberatung umfasst die vollständige Prüfung auf alle rechtlich relevanten Risiken, einschließlich der Sittenwidrigkeitsprüfung nach § 138 BGB. Der BGH (IX ZR 189/09) hat klargestellt, dass der Anwalt den sichersten Weg gehen muss und alle für den Mandanten erkennbaren Risiken ansprechen muss.

3.2 Konkrete Pflichtverletzungen

a) Unterlassene Sittenwidrigkeitsprüfung: Dr. Rotbruch hat die Gesamtschau der drei Ausschlussklauseln nicht nach dem BGH-Maßstab (XII ZR 157/99; XII ZR 65/03; XII ZR 75/22) geprüft.

Hätte er dies getan, hätte er das erhebliche Unwirksamkeitsrisiko erkennen und die Mandantin warnen müssen.

b) Unrevidierter KI-Output: Die Weiterleitung des KI-Outputs ohne eigenverantwortliche Prüfung — und insbesondere unter Weglassen des KI-Warnhinweises — ist eine Verletzung der Kardinalspflicht zur eigenverantwortlichen Rechtsberatung.

c) Fehlinformation der Mandantin: Die Formulierung „meine Vertragsprüfung“ suggerierte eine eigenständige anwaltliche Prüfung, die tatsächlich nicht stattgefunden hatte.

Ergebnis: Pflichtverletzung (+), mehrfach.

4. Vertretenmüssen (§ 276 BGB)

4.1 Fahrlässigkeit

Gemäß § 276 Abs. 2 BGB handelt fahrlässig, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt. Der im Verkehr erforderliche Sorgfaltsmaßstab für einen Fachanwalt für Familienrecht mit 24 Jahren Berufserfahrung ist hoch. Dr. Rotbruch hätte:

- die einschlägige BGH-Rechtsprechung zur Ehevertrags-Inhaltskontrolle kennen müssen,
- die Grenzen des KI-Tools bei der Sittenwidrigkeitsprüfung kennen müssen (diese standen in der Produktdokumentation),
- die Pflicht zur eigenverantwortlichen Prüfung kennen müssen.

Alle drei Pflichtenebenen sind verletzt. Fahrlässigkeit liegt vor; angesichts der expliziten Produktdokumentation und der Entfernung des Warnhinweises ist auch bedingter Vorsatz nicht ausgeschlossen.

Ergebnis: Vertretenmüssen (+), mindestens Fahrlässigkeit.

5. Schaden

Der Schaden von Frau Habernau ergibt sich aus der Differenz zwischen ihrer rechtlichen Stellung mit und ohne den pflichtgemäß erteilten anwaltlichen Rat.

Schadensposten	Berechnung	Betrag (EUR)
Entgangener Versorgungsausgleich	Kapitalisierter Wert des entgangenen Rentenanteils (Details s. XLSX)	124.000
Entgangener Zugewinn	Nachgewiesene Differenz im Zugewinnausgleichsanspruch	48.000
Mehrkosten Scheidungsverfahren	Kosten für Bestreitung Vertragswirksamkeit	9.800
Vorprozessuale Kosten	Anwalts- und Gutachterkosten vorprozessual	5.200
Gesamt		**187.000**

Ergebnis: Schaden nachgewiesen (+).

6. Kausalität

6.1 Haftungsbegründende Kausalität

Die Pflichtverletzung (fehlende Aufklärung über das Sittenwidrigkeitsrisiko) ist kausal für den Abschluss des Ehevertrags in der vorliegenden Form. Nach dem Anscheinsbeweis anwaltpflichtgemäßen Verhaltens (BGH, IX ZR 136/07) ist davon auszugehen, dass Frau Habernau bei ordnungsgemäßer Beratung den Ehevertrag nicht in dieser Gestalt abgeschlossen hätte.

Dr. Rotbruchs Einwand (persönlicher Druck, Hochzeitsdatum fixiert) ist nicht geeignet, den Anscheinsbeweis zu erschüttern: Es fehlt konkreter Vortrag dazu, dass Frau Habernau auch bei vollständiger Aufklärung das Risiko bewusst eingegangen wäre.

6.2 Haftungsausfüllende Kausalität

Die Schäden ergeben sich unmittelbar aus dem Ehevertrag, der infolge der Pflichtverletzung abgeschlossen wurde. Der Kausalzusammenhang ist durch die Beschlussformel des AG Köln (302 F 1147/25) belegt.

Ergebnis: Kausalität (+).

7. Gesamtergebnis

Dr. Rotbruch schuldet Frau Habernau Schadensersatz nach §§ 280 Abs. 1, 675 BGB in Höhe von 187.000 EUR.

Quellen:

- [§ 280 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/280.html>)
- [§ 675 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/675.html>)
- [§ 276 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/276.html>)
- [§ 138 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/138.html>)
- [BGH IX ZR 136/07 (openjur.de)](<https://openjur.de/>)
- [BGH XII ZR 75/22 (bundesgerichtshof.de)](https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/01/XIIZR75_22.html)

Datei: 18_mitverschulden_par254_bgb_habernau.md

18 Mitverschulden — § 254 BGB, Habernau

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Mitverschulden im Anwaltshaftungsrecht

§ 254 BGB erlaubt eine Schadensquotelung, wenn der Geschädigte zur Entstehung des Schadens durch eigenes Verschulden beigetragen hat. Im Anwaltshaftungsrecht ist ein Mitverschulden des Mandanten grundsätzlich möglich, aber nach ständiger BGH-Rechtsprechung sehr restriktiv zu handhaben: Der Mandant soll sich auf die anwaltliche Beratung verlassen dürfen; übermäßige Eigenrecherche ist von ihm

nicht zu erwarten.

Der BGH (IX ZR 50/95) hat ausgeführt:

> „Hat der Mandant einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt, so obliegt ihm grundsätzlich keine Pflicht zur eigenen Rechtsprüfung. Ein Mitverschulden kommt nur in Betracht, wenn der Mandant Kenntnisse hatte oder haben musste, die eine Korrektur der anwaltlichen Beratung ermöglicht hätten.“

2. Mitverschuldens-Argumente von Dr. Rotbruch

Dr. Rotbruch macht in der Klageerwiderung (DOCX klageerwiderung_habernau_20188_26.docx) folgende Mitverschuldenseinwände geltend:

2.1 Belehrung durch den Notar

Bei der notariellen Beurkundung am 28. April 2022 hat Notar Bergstedt die Parteien nach § 17 BeurkG über die rechtlichen Folgen des Ehevertrags belehrt. Frau Habernau habe die Belehrung zur Kenntnis genommen und unterschrieben, ohne Bedenken zu äußern.

Bewertung: Die notarielle Belehrung nach § 17 BeurkG ersetzt nicht die anwaltliche Beratungspflicht. Zudem ist die notarielle Belehrung neutral — sie klärt über die Rechtswirkungen auf, nicht über spezifische Sittenwidrigkeitsrisiken. Ein Mitverschulden aus der Unterzeichnung nach notarieller Belehrung erscheint nicht begründbar.

2.2 Eigene Erkennbarkeit des Risikos

Dr. Rotbruch trägt vor, Frau Habernau hätte als Erwachsene die Tragweite eines vollständigen Verzichts auf Versorgungsausgleich, Zugewinn und Unterhalt erkennen können.

Bewertung: Die bloße Erkennbarkeit der Tragweite ohne Kenntnis der rechtlichen Angreifbarkeit nach § 138 BGB begründet kein Mitverschulden. Es wäre gerade Aufgabe des Anwalts gewesen, auf diese rechtliche Dimension hinzuweisen. Die faktische Kenntnis des Inhalts ersetzt nicht das fehlende juristische Urteil.

2.3 Persönlicher Druck, keine freie Entscheidung

Dr. Rotbruch behauptet, Frau Habernau habe angegeben, unter erheblichem familiären Druck gestanden zu haben und hätte den Vertrag auch bei vollständiger Aufklärung unterschrieben. Dies begründe eine Kausalitätsunterbrechung, mindestens aber Mitverschulden.

Bewertung: Diese Behauptung ist nicht durch objektive Beweise unterlegt. Der anwaltliche Anscheinsbeweis (BGH IX ZR 136/07) greift: Bei ordnungsgemäßer Beratung hätte die Mandantin zumindest auf Nachverhandlungen oder Schutzklauseln bestanden. Der Vortrag von Dr. Rotbruch ist spekulativ.

3. Eigenes Mitverschulden — Diskussion und Ergebnis

Einwand	Bewertung	Mitverschulden
Notarielle Belehrung	Ersetzt Anwaltsberatung nicht	Kein Mitverschulden
Erkennbarkeit der Verzichtsfolgen	Juristische Dimension nicht erkennbar	Kein Mitverschulden
Persönlicher Druck	Unbewiesen; Anscheinsbeweis greift	Kein Mitverschulden

Einwand	Bewertung	Mitverschulden
Keine Rückfragen nach E-Mail	Mandant darf sich auf anwaltliche Analyse verlassen	Allenfalls minimales Mitverschulden (< 10 %)

Das Mitverschulden von Frau Habernau ist nach der Rechtsprechung des BGH auf maximal 10 Prozent zu schätzen — und auch dies nur unter der Annahme, dass sie bei professionell beratenen Vertragsschlüssen eine gewisse Eigenverantwortung trägt. Bei einem Gesamtschaden von 187.000 EUR ergäbe eine 10-prozentige Schadensquote eine Minderung von 18.700 EUR und einen verbleibenden Anspruch von 168.300 EUR.

4. Konsequenz für die Vergleichsstrategie

Im Rahmen der Vergleichsstrategie (Aktenstück 20) sollte berücksichtigt werden, dass ein Mitverschulden von allenfalls 10 Prozent realistisch ist. Eine Vergleichsquote von 130.000 bis 160.000 EUR wäre sachgerecht und dürfte für beide Parteien interessant sein.

Quellen:

- [§ 254 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/254.html>)
- [§ 280 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/280.html>)
- [§ 17 BeurkG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BeurkG/17.html>)
- [BGH IX ZR 50/95 (openjur.de)](<https://openjur.de/>)
- [BGH IX ZR 136/07 (openjur.de)](<https://openjur.de/>)

Datei: 19_quotelung_haftung_und_versicherer_regress.md

19 Quotelung, Haftung und Versicherer-Regress

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Haftungsquotelung zwischen den Beteiligten

Im vorliegenden Schadensfall sind mehrere potenzielle Verantwortliche zu identifizieren:

Beteiligter	Haftungsgrundlage	Anteil (geschätzt)
Dr. Rotbruch	§§ 280, 675 BGB (Anwaltspflichtverletzung)	85 %
LegalTech GmbH	§ 280 BGB (Produktfehler, keine ausreichende Warnung)	10 %
Frau Habernau (Mitverschulden)	§ 254 BGB	5 %

Die Quotelung ist eine Schätzgröße für die Verhandlungsführung; das Gericht wird eine gesamtschuldnerische Haftung nach § 421 BGB bejahen, wenn mehrere Verantwortliche

zusammenwirken.

2. Gesamtschuld zwischen Rotbruch und LegalTech GmbH

Dr. Rotbruch und die LegalTech GmbH könnten als Gesamtschuldner nach § 421 BGB haften, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. Beide haben durch ihre Beiträge denselben Schaden verursacht.
2. Die Klägerin kann von jedem Gesamtschuldner die volle Leistung verlangen.
3. Im Innenverhältnis regeln §§ 421–426 BGB den Ausgleich.

Für eine Gesamtschuld müsste die LegalTech GmbH einen eigenen Haftungstatbestand erfüllen. In Betracht kommt:

- **Produkthaftung (§ 1 ProdHaftG):** JuristAssist Pro 5 ist Software; nach h.M. ist Software kein Produkt i.S.d. ProdHaftG, solange sie nicht in körperlicher Form abgegeben wird. Cloud-SaaS fällt aus dem ProdHaftG heraus. Die EU-Produkthaftungsrichtlinie 2024/2853 schließt Software künftig ein, ist aber noch nicht umgesetzt.
- **Delikt (§ 823 Abs. 1 BGB):** Verletzung des absoluten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung durch Verarbeitung ohne AVV. Möglich, aber kaum kausal für den Ehevertrag-Schaden.
- **§ 280 BGB aus dem Nutzungsvertrag:** Der Nutzungsvertrag zwischen Rotbruch und LegalTech GmbH begründet keine Schutzpflichten gegenüber Frau Habernau (kein Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte, da Frau Habernau nicht in den Leistungsbereich der LegalTech GmbH einbezogen ist).

Ergebnis: Eine direkte Haftung der LegalTech GmbH gegenüber Frau Habernau ist schwach begründbar. Im Innenverhältnis Rotbruch/LegalTech GmbH kann Rotbruch einen Regressanspruch prüfen.

3. Regressanspruch Rotbruch gegen LegalTech GmbH

3.1 Rechtsgrundlage

Dr. Rotbruch könnte gegen die LegalTech GmbH Regress nehmen nach:

- § 280 BGB (Schlechtleistung aus Nutzungsvertrag): Das Tool hat ein unzureichendes Prüfergebnis geliefert und die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit im Output nicht hinreichend deutlich kommuniziert.
- § 634 BGB (Werkmängel), wenn der Vertrag als Werkvertrag zu qualifizieren ist.

3.2 Hürden

Der Regressanspruch scheitert voraussichtlich daran, dass:

- die Produktdokumentation ausdrücklich auf die Grenzen des Tools bei der Sittenwidrigkeitsprüfung hingewiesen hat (Aktenstück 04, Abschn. 2.2),
- die AGB der LegalTech GmbH eine Haftungsbeschränkung für Fehler im Output enthielten (Ziffer 12.1 LegalTech AGB: Haftung nur bei grober Fahrlässigkeit und auf direkten Schaden begrenzt auf 12 Monatsbeiträge = 1.068 EUR).

Eine Regressklage erscheint daher wirtschaftlich nicht lohnenswert, aber symbolisch für die Verhandlungsposition gegenüber der LegalTech GmbH relevant.

4. Regressanspruch Allianz gegen Rotbruch (falls Deckung doch besteht)

Sollte ein Gericht die KI-Ausschlussklausel der Allianz für unwirksam erklären und die Allianz zur Deckung verpflichten, könnte die Allianz im Nachgang nach § 86 VVG auf die LegalTech GmbH übergehen. Der Subrogationsanspruch würde jedoch an den gleichen Hürden scheitern (Produktdokumentation, AGB-Haftungsbeschränkung).

5. Zusammenfassung der Haftungslandschaft

```
`` Frau Habernau (Klägerin) | | § 280, 675 BGB (187.000 EUR) | Dr. Rotbruch
■■■■■ (Regress ?) ■■■■■ LegalTech GmbH | (schwach) | Allianz AG ■■■■■
(Deckungsklage ?) ■■■■■ Rotbruch (Deckung abgelehnt) | ggf. Subrogation § 86
VVG ``
```

Die Haupthaftung liegt bei Dr. Rotbruch. Die Allianz-Deckungsfrage ist separat zu verfolgen. Ein Regress gegen LegalTech GmbH ist zu erwägen, aber wirtschaftlich unsicher.

Quellen:

- [§ 280 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/280.html>)
- [§ 421 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/421.html>)
- [§ 254 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/254.html>)
- [§ 86 VVG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/VVG/86.html>)
- [§ 1 ProdHaftG (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/ProdHaftG/1.html>)

Datei: 20_vergleichsstrategie_und_mediation.md

20 Vergleichsstrategie und Mediation

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Ausgangslage für die Vergleichsverhandlung

Die Ausgangspositionen der Parteien für den Güte Termin am 15. Mai 2026 (LG Köln):

Position	Klägerin (Habernau)	Beklagter (Rotbruch)
Forderung	187.000 EUR	0 EUR (volle Abweisung)
Mindestvergleich	130.000 EUR	Bisher keine Signale
Versicherungsdeckung	Irrelevant	Ablehnend (Allianz)
Beweislage	Stark (KI-Output-Vergleich, Handakte)	Schwach (keine Prüfnotiz)
Berufsrechtliches Risiko	Gering	Erheblich (5 Vorwürfe RAK)

2. Optionen für Dr. Rotbruch

Option A: Voll bestreiten — Klageabweisung anstreben

Risiko hoch. Die Beweislage spricht gegen Dr. Rotbruch: 94-prozentige Textübereinstimmung zwischen KI-Output und übersandtem Dokument, fehlende Prüfnotiz, fehlender Original-KI-Output in der Akte. Eine vollständige Klageabweisung ist unwahrscheinlich. Kosten bei vollem Unterliegen: 187.000 EUR + Prozesskosten (Streitwert 187.000 EUR → Gerichtskosten ca. 4.600 EUR, Anwaltskosten ca. 7.800 EUR je Seite).

Option B: Vergleich ca. 100.000–130.000 EUR

Sachgerechter Korridor unter Berücksichtigung des Mitverschuldens (5–10 %) und der Kausalitätsunsicherheit beim Unterhaltsverzicht. Vorteil: vermeidet Berufsrechtsverschärfung; zeigt kooperatives Verhalten. Nachteil: Dr. Rotbruch muss aus dem Privatvermögen zahlen (Allianz verweigert Deckung).

Option C: Vergleich mit Teilanerkennnis und Stundungsvereinbarung

Dr. Rotbruch könnte 115.000 EUR in 24 Monatsraten anbieten, was seiner Liquiditätssituation entgegenkommt. Frau Habernau könnte bereit sein, wenn die Rate abgesichert wird (z.B. durch Grundschuldeintragung auf der Kanzleiimmobilie, falls vorhanden).

Option D: Deckungsprozess gegen Allianz zuerst

Dr. Rotbruch könnte versuchen, zunächst den Deckungsprozess gegen die Allianz zu gewinnen, bevor er einen Vergleich schließt. Nachteil: Dauer (2–3 Jahre), während das Kammern-Rügeverfahren weiterläuft. Frau Habernau wird eine Sicherheitsleistung oder schnelle Lösung bevorzugen.

3. Mediation als Ergänzung

Das LG Köln kann nach § 278a ZPO eine Mediation oder ein außergerichtliches Konfliktlösungsverfahren anordnen. Vor dem Güutetermin könnte die Einschaltung eines zertifizierten Mediators sinnvoll sein:

Vorteile der Mediation:

- Vertraulich (keine öffentliche Verhandlung)
- Flexible Lösungen (z.B. Ratenzahlung, Naturalleistungen wie kostenlose Beratung für Frau Habernau in anderen Angelegenheiten)
- Entlastet das Kammerverfahren (kooperatives Verhalten)

Geeignete Mediationsstelle: Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft Berlin (zuständig auch für Mandatsstreitigkeiten aus anderen Bundesländern, § 191f BRAO).

4. Einfluss des Berufsrechtsverfahrens auf Vergleichsstrategie

Das laufende Rügeverfahren (RAK-K 2026-0188) erhöht den Druck auf Dr. Rotbruch, einen Vergleich zu schließen. Im berufsrechtlichen Verfahren kann eine außergerichtliche Einigung mit Frau Habernau als Wiedergutmachung gewertet werden (§ 46a StGB analog) und das Strafmaß senken. Umgekehrt verlängert ein streitiger Zivilprozess die Unsicherheit und kann neue Erkenntnisse zu Lasten von Dr. Rotbruch produzieren, die im Kammerverfahren verwertet werden.

5. Empfehlung

Für Dr. Rotbruch wird empfohlen:

1. Güutetermin am 15. Mai 2026 aktiv zu nutzen und ein Vergleichsangebot von 115.000 EUR (zu zahlen in 18 Monaten) zu unterbreiten.
2. Parallel Deckungsklage gegen Allianz vorzubereiten, um im Fall eines Vergleichs zumindest teilweise Erstattung zu erhalten.
3. Das Rügeverfahren durch Selbstanzeige weiterer KI-bezogener Vorgänge zu entschärfen (demonstrative Kooperation).
4. Unverzüglich eine KI-Einsatzrichtlinie einzuführen und der RAK vorzulegen (Aktenstück 13, Anlage DOCX).

Quellen:

- [§ 278a ZPO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/ZPO/278a.html>)
- [§ 191f BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/191f.html>)
- [§ 280 BGB (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BGB/280.html>)

Datei: 21_chronologie_verfahrensgesamt.md

21 Gesamtchronologie aller Verfahren

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

Chronologische Übersicht

Datum	Ereignis	Verfahren / Strang
03.03.2022	Erstgespräch Habernau / Rotbruch; Mandatsübernahme	Mandat
07.03.2022	Mandatsbeschreibungsschreiben inkl. Vollmacht	Mandat
21.03.2022	Upload Ehevertragsentwurf in JuristAssist Pro 5	KI-Einsatz
21.03.2022	KI-Output (8 S.) in 47 Sekunden generiert	KI-Einsatz
22.03.2022	E-Mail Rotbruch an Habernau mit bereinigtem KI-Output	Mandat
28.04.2022	Notarielle Beurkundung Ehevertrag (Notar Bergstedt)	Ehevertrag
14.05.2022	Eheschließung Habernau / Habernau	Ehe

Datum	Ereignis	Verfahren / Strang
31.05.2022	Honorarrechnung Rotbruch (3.360 EUR netto)	Mandat
01.07.2023	Nachtrag Allianz: KI-Ausschlussklausel § 4 Nr. 7 AVB	Versicherung
03.02.2025	Scheidungsantrag Hans-Dieter Habernau beim AG Köln	Scheidungsverfahren
04.02.2025	Az. 302 F 1147/25 zugeteilt	Scheidungsverfahren
15.03.2025	RAin Dr. Wiesmann mandatiert durch Frau Habernau	Gegenmandat
10.04.2025	RAin Dr. Wiesmann rügt Unwirksamkeit Ehevertrag § 138 BGB	Scheidungsverfahren
03.12.2025	AG Köln 302 F 1147/25: Globalverzicht Versorgungsausgleich unwirksam	Scheidungsverfahren
18.01.2026	Scheidung rechtskräftig; Versorgungsausgleich wird durchgeführt	Scheidungsverfahren
28.01.2026	Beschwerde Habernau bei RAK Köln	Berufsrecht
03.02.2026	Datenschutzbeschwerde Habernau beim LDI NRW	Datenschutz
05.02.2026	Klageschrift RAin Dr. Wiesmann beim LG Köln	Zivilklage
12.02.2026	Einleitung Rügeverfahren durch RAK Köln (Az. RAK-K 2026-0188)	Berufsrecht
14.02.2026	E-Mail Kanzlei an Rotbruch wegen Doppelmandat-Aufklärung	Intern
18.02.2026	Az. LG Köln 2 O 188/26 zugeteilt	Zivilklage
20.02.2026	Eingangsbestätigung LDI NRW (Az. LDI-NRW-2026-0392)	Datenschutz
25.02.2026	Zustellung Klageschrift an Dr. Rotbruch	Zivilklage
28.02.2026	Anhörungsschreiben RAK Köln an Rotbruch	Berufsrecht
10.03.2026	Allianz lehnt Deckung ab (KI-Ausschlussklausel)	Versicherung
15.03.2026	Erste Stellungnahme Rotbruch an RAK Köln	Berufsrecht
20.03.2026	LegalTech GmbH bietet AVV an (retroaktiv)	Datenschutz

Datum	Ereignis	Verfahren / Strang
24.03.2026	E-Mail LegalTech GmbH an Kanzlei: AVV-Fragen	Datenschutz
28.03.2026	Nachfragebrief RAK Köln (Vorwürfe 2 und 5)	Berufsrecht
10.04.2026	Eingang Klageerwidern beim LG Köln	Zivilklage
15.04.2026	E-Mail Klagevertreterin Habernau: Mediationsbereitschaft	Zivilklage
15.04.2026	Frist Abschlusssellungnahme Rotbruch an RAK	Berufsrecht
15.05.2026	Gütetermin LG Köln 2 O 188/26 (geplant)	Zivilklage
Ca. 30.04.2026	Erwartete Entscheidung RAK Köln (Rüge oder Verweisung)	Berufsrecht
Offen	LDI NRW-Entscheidung (Datenschutzbeschwerde)	Datenschutz
Offen	Anwaltsgerichtliches Verfahren (ggf. nach RAK-Verweisung)	Berufsrecht

Verfahrensstrang-Übersicht (Stand: 15. April 2026)

Strang	Status	Nächster Schritt
Zivilklage LG Köln 2 O 188/26	Aktiv	Gütetermin 15.05.2026
Rügeverfahren RAK-K 2026-0188	Aktiv	Entscheidung ca. 30.04.2026
Datenschutz LDI-NRW-2026-0392	Prüfung läuft	Offen
Versicherungsdeckung Allianz	Abgelehnt	Deckungsklage geplant
Strafrechtlich § 203 StGB	Kein Verfahren eingeleitet	Beobachtung

Kritischer Pfad

Die zeitkritischsten Punkte bis Ende Mai 2026:

1. **15. April 2026** — Abschlusssellungnahme Rotbruch an RAK Köln (Fristende).
2. **Ca. 30. April 2026** — Entscheidung RAK Köln (Rüge oder Verweis an Anwaltsgericht).
3. **15. Mai 2026** — Gütetermin LG Köln: Vergleichschance oder Streit.

4. **Parallel** — Prüfung Deckungsklage gegen Allianz (Frist: innerhalb von 3 Jahren nach Schadenseintritt, also bis Januar 2029 — kein zeitlicher Druck, aber frühzeitige Klärung sinnvoll).

Quellen:

- [§ 73 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/73.html>)
- [§ 278a ZPO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/ZPO/278a.html>)
- [Art. 77 DSGVO (EUR-Lex)](<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>)

Datei: 22_abschluss_handlungsempfehlungen_ki_kanzlei.md

22 Abschluss und Handlungsempfehlungen für KI in der Kanzlei

Akte: Berufsrecht / KI-Vertragsprüfung — Kanzlei Rotbruch, Köln

Stichtag Aktenstück: 15. April 2026

1. Zusammenfassung des Fallgeschehens

Die Akte Rotbruch/Habernau steht exemplarisch für eine Klasse von Berufsrechts- und Haftungsfällen, die im deutschen Anwaltswesen in den kommenden Jahren zunehmen werden: die unkontrollierte Nutzung von KI-Tools in der anwaltlichen Praxis ohne hinreichende Qualitätssicherung, Mandantenaufklärung und datenschutzrechtliche Absicherung.

Die Kernfehler von Dr. Rotbruch lassen sich auf drei Prinzipien reduzieren:

1. **Eigenverantwortlichkeit:** KI-Tools erzeugen keinen anwaltlichen Rat — sie erzeugen Text. Der anwaltliche Rat entsteht erst durch die eigenverantwortliche Prüfung dieses Textes durch den Anwalt.
2. **Transparenz:** Mandanten müssen wissen, wie ihre Beratungsleistung erbracht wird. Transparenz ist keine freundliche Geste, sondern berufsrechtliche Pflicht.
3. **Datenschutz:** Mandantendaten sind Treugut. Jede Weitergabe an Dritte — auch an Cloud-KI-Anbieter — erfordert eine rechtliche Grundlage (AVV + Verschwiegenheitsverpflichtung).

2. Handlungsempfehlungen für die Kanzlei Rotbruch (sofort)

Maßnahme	Frist	Verantwortlich
KI-Einsatzrichtlinie einführen (s. Anlage DOCX)	Sofort	Dr. Rotbruch
AVV mit LegalTech GmbH abschließen	Sofort	Dr. Rotbruch
Verschwiegenheitsverpflichtung LegalTech GmbH	Sofort	Dr. Rotbruch

Maßnahme	Frist	Verantwortlich
Alle KI-bezogenen Vorgänge 2021–2026 prüfen	4 Wochen	Dr. Rotbruch
RAK Köln über Verbesserungsmaßnahmen informieren	Vor 30.04.2026	Dr. Rotbruch / Verteidiger
Fortbildung Legal-Tech und DSGVO absolvieren	3 Monate	Dr. Rotbruch
Deckungsklage Allianz prüfen	6 Wochen	RA Dr. Hartmann
Mandatsübernahme-Checkliste für KI-Mandate einführen	4 Wochen	Kanzlei

3. Handlungsempfehlungen für die Branche

Der Fall Rotbruch ist kein Einzelfall — er ist symptomatisch. Folgende strukturelle Empfehlungen richten sich an die Anwaltschaft insgesamt:

3.1 BRAO/BORA-Reform

Die Bundesrechtsanwaltskammer sollte in die BORA eine spezifische Regelung für den KI-Einsatz aufnehmen, die mindestens enthält:

- Validierungspflicht vor Weiterleitung von KI-Outputs,
- Informationspflicht gegenüber Mandanten bei KI-Einsatz,
- Dokumentationspflicht (Erweiterung des § 50 BRAO),
- Datenschutzpflicht (AVV als Mindeststandard).

3.2 Versicherungswirtschaft

Die Berufshaftpflichtversicherer sollten KI-Ausschlussklauseln standardisieren und Lösungen entwickeln, die KI-gestützte Beratung unter definierten Bedingungen (z.B. Nachweis eines AVV, Nutzung einer validierten Qualitätssicherungsroutine) versicherbar machen.

3.3 KI-Anbieter

Legal-KI-Anbieter sollten:

- standardmäßig AVV-Prozesse in das Onboarding integrieren,
- Warnhinweise technisch unentfernbar gestalten,
- Logging-Funktionen bereitstellen, die im Streitfall die tatsächliche Nutzung nachvollziehbar machen,
- ab August 2026 KI-VO-Konformitätsnachweise bereitstellen.

3.4 Kammern

Die Rechtsanwaltskammern sollten:

- Fortbildungsangebote zu Legal-Tech und Berufsrecht entwickeln,

- Muster-AGB und Muster-Mandatsbeschreibungen für KI-Mandate bereitstellen,
- Rügeverfahren im KI-Bereich als Lernchance kommunizieren (z.B. durch anonymisierte Fallberichte).

4. Fazit

Der Fall Rotbruch/Habernau zeigt, dass KI-Tools im Anwaltsbetrieb beachtliche Effizienzgewinne bringen können, aber ebenso beachtliche Risiken tragen, wenn sie unkritisch eingesetzt werden. Der Schaden von 187.000 EUR, das laufende Berufsrechtsverfahren und der Verlust des Versicherungsschutzes übersteigen den Nutzen des Abonnements von 89 EUR/Monat um ein Vielfaches.

Die Botschaft ist einfach: **KI ist ein Werkzeug, kein Anwalt.** Wer sie als Anwalt einsetzt, bleibt verantwortlich — für den Output, für die Daten, für die Qualität.

5. Demonstrierte Fähigkeiten des Plugins

`berufsrecht-ki-vertragspruefung`

Kompetenz	Aktenstück
Anwaltliche Haftung bei KI-Einsatz	03, 04, 17
Berufsrechtliches Rügeverfahren	08, 09
Mandantenaufklärung und AGB-Recht	05, 11
DSGVO und AVV im Kanzleibetrieb	06
Geheimnisschutz § 203 StGB	07
Ehevertragskontrolle und BGH-Rechtsprechung	16
EU AI Act (KI-VO) im Rechtsbereich	12
Berufshaftpflicht und KI-Ausschluss	10
Kanzleiorganisation und Dokumentation	13, 15
Schadensberechnung und Quotelung	18, 19
Vergleichsstrategie	20
Geschäftsgeheimnis und GeschGehG	14
Gesamtchronologie	21

Quellen:

- [§ 43a BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html>)
- [§ 50 BRAO (dejure.org)](<https://dejure.org/gesetze/BRAO/50.html>)
- [Art. 28 DSGVO (EUR-Lex)](<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>)
- [Verordnung (EU) 2024/1689 (KI-VO) (EUR-Lex)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)
- [BRAK-Stellungnahme 16/2023](<https://www.brak.de/zur-rechtspolitik/stellungnahmen-pdf/stellungnahmen-deutschland/2023/august/stellungnahme-der-brak-2023-16.pdf>)

E-Mails

Datei: emails/2026-02-14_kanzlei_an_rotbruch_doppelmandat_aufklaerung.eml

Von	ra-bremer@bremer-partner.de
An	dr.rotbruch@kanzlei-rotbruch.de
Datum	Sat, 14 Feb 2026 09:42:17 +0100
Betreff	Akte Habernau — Doppelmandat-Dokumentation und anstehende RAK-Korrespondenz

Sehr geehrter Herr Dr. Rotbruch,

ich schreibe Ihnen als Ihr nunmehr bestellter Verteidiger im Kammer-Rügeverfahren (Az. RAK-K 2026-0188) sowie als Prozessbevollmächtigter im Verfahren LG Köln 2 O 188/26.

Ich benötige dringend Ihre Stellungnahme zu folgendem Punkt, bevor ich die Korrespondenz mit der Rechtsanwaltskammer aufnehme:

1. Doppelmandat-Dokumentation

Die Klageschrift von RAin Dr. Wiesmann behauptet, Herr Hans-Dieter Habernau habe ebenfalls bei Ihrer Kanzlei angefragt. Sie sollen ihn an RA Falkner verwiesen haben, ohne dies vollständig zu dokumentieren. Bitte übersenden Sie mir:

- Sämtliche schriftliche oder elektronische Korrespondenz mit H.-D. Habernau (auch per Telefon-Gesprächsnotiz).
- Die vollständige Handakte Habernau, inklusive aller handschriftlicher Notizen.
- Den Original-Output von JuristAssist Pro 5 — nicht die an Frau Habernau gesandte Version.

2. Warnhinweis JuristAssist Pro 5

Ich habe den Mandatsbeschluss-Vorwurf analysiert: Die Entfernung des KI-Warnhinweises vor der Weiterleitung ist der schwerste Einzelvorwurf. Ihre Erklärung ("Platzgründe") ist nicht tragfähig. Ich schlage vor, dies im Anhörungsschreiben an die RAK offen anzusprechen und als Fehler einzuräumen — verbunden mit dem Nachweis der seit Anfang 2026 eingeleiteten Maßnahmen (AVV, neue Mandatsbeschreibung, Fortbildung).

3. AGB-Überarbeitung

Bitte bestätigen Sie mir schriftlich, dass die unwirksame Ziffer 8.3 Ihrer Kanzlei-AGB inzwischen gestrichen wurde. Legen Sie mir die neue Fassung vor.

Ich bitte um Rückmeldung bis spätestens 21. Februar 2026.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Andreas Bremer
Rechtsanwalt | Fachanwalt für Anwaltsrecht
Kanzlei Bremer & Partner
Hohenzollernring 22 | 50672 Köln
Tel.: 0221 / 447 82 00 | Fax: 0221 / 447 82 01
ra-bremer@bremer-partner.de

Vertraulich — anwaltliche Korrespondenz im Rahmen des Mandatsverhältnisses.

Von	berufsrecht@rak-koeln.de
An	dr.rotbruch@kanzlei-rotbruch.de
Datum	Sat, 28 Feb 2026 14:11:03 +0100
Betreff	Rügeverfahren Az. RAK-K 2026-0188 — Anhörung gemäß § 73 Abs. 2 Nr. 4 BRAO

Rechtsanwaltskammer Köln
Berufsrechtliche Abteilung
Riehler Str. 30, 50668 Köln
Az. RAK-K 2026-0188

An:
RA Dr. Friedhelm Rotbruch
Breite Str. 112
50667 Köln

28. Februar 2026

Rügeverfahren — Anhörung (§ 73 Abs. 2 Nr. 4 BRAO)

Sehr geehrter Herr Dr. Rotbruch,

der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Köln hat in seiner Sitzung vom 12. Februar 2026 beschlossen, aufgrund der Beschwerde von Frau Ulrike Habernau vom 28. Januar 2026 ein Rügeverfahren nach § 73 Abs. 2 Nr. 4 BRAO einzuleiten.

Gegenstand des Verfahrens sind folgende Vorwürfe:

Vorwurf 1: Weiterleitung eines KI-generierten Outputs ohne eigenverantwortliche Prüfung als eigene anwaltliche Stellungnahme (§ 43a Abs. 1 BRAO).

Vorwurf 2: Übermittlung personenbezogener Mandantendaten an das Cloud-KI-System JuristAssist Pro 5 (LegalTech GmbH, Hamburg) ohne Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 DSGVO und ohne wirksame Verschwiegenheitsverpflichtung nach § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB. Verstoß gegen § 43a Abs. 2 BRAO.

Vorwurf 3: Keine Information der Mandantin über den Einsatz des KI-Tools vor oder während des Mandats. Verstoß gegen § 4 BORA i.V.m. § 43a Abs. 1 BRAO.

Vorwurf 4: Verwendung einer nach § 307 Abs. 1 BGB unwirksamen AGB-Klausel (Ziffer 8.3 Kanzlei-AGB), die eine unwirksame Einwilligung in die KI-gestützte Datenverarbeitung und eine unzulässige Haftungsbeschränkung enthält.

Vorwurf 5: Faktisches Erlöschen des Versicherungsschutzes durch die KI-Ausschlussklausel (§ 4 Nr. 7 AVB Anwaltschaftspflicht 2023) der Allianz Versicherung AG infolge unkontrollierten KI-Einsatzes. Möglicher Verstoß gegen § 51 BRAO.

Wir geben Ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb von vier Wochen nach Zugang dieses Schreibens. Die Stellungnahme ist in schriftlicher Form einzureichen. Bitte beziehen Sie sich auf alle fünf Vorwürfe.

Eine Kopie dieses Anhörungsschreibens geht an Ihren Verteidiger RA Dr. Bremer.

Gemäß § 73 Abs. 2 Nr. 4 BRAO können wir nach Abschluss des Anhörungsverfahrens entweder eine Rüge aussprechen oder die Angelegenheit an das Anwaltsgericht Köln abgeben (§ 74a BRAO).

Mit freundlichen Grüßen
Rechtsanwaltskammer Köln

— Berufsrechtliche Abteilung —
Vorstandsmitglied: RAin Prof. Dr. Ilse Weibrecht

Quellen: § 73 BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/73.html); § 74a BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/74a.html); § 43a BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html)

Datei: emails/2026-03-10_allianz_versicherung_ki_klausel.eml

Von	anwaltshaftpflicht@allianz.de
An	dr.rotbruch@kanzlei-rotbruch.de
Datum	Tue, 10 Mar 2026 11:28:44 +0100
Betreff	Police RB-2019-HH-44712 — Deckungsablehnung KI-bedingter Schaden (Habernau)

Allianz Versicherung AG
Referat Anwaltshaftpflicht
Königinstr. 28, 80802 München

RA Dr. Friedhelm Rotbruch
Breite Str. 112
50667 Köln

Police Nr.: RB-2019-HH-44712
Schadensmeldung vom: 26. Februar 2026
Schadensnummer: AHB-2026-04471

10. März 2026

Deckungsablehnung

Sehr geehrter Herr Dr. Rotbruch,

wir nehmen Bezug auf Ihre Schadensmeldung vom 26. Februar 2026 bezüglich des Anspruchs von Frau Ulrike Habernau (Klage LG Köln 2 O 188/26, Streitwert 187.000 EUR).

Nach eingehender Prüfung sehen wir uns leider nicht in der Lage, Deckungsschutz zu gewähren.

Begründung:

Wir beziehen uns auf den Nachtrag zu Ihrer Police vom 1. Juli 2023, der in § 4 Nr. 7 AVB Anwaltshaftpflicht 2023 folgende Regelung enthält:

"Nicht versichert sind Ansprüche, die aus der Nutzung von Systemen der künstlichen Intelligenz zur Erbringung von Rechtsberatungsleistungen entstehen, soweit der Versicherungsnehmer den Output dieser Systeme nicht durch eigenständige rechtliche Prüfung verifiziert hat, bevor er ihn dem Mandanten mitteilt."

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung der Schadensunterlagen hat RA Dr. Rotbruch:

1. Den Output von JuristAssist Pro 5 ohne eigenständige rechtliche Prüfung an Frau Habernau weitergeleitet (Textübereinstimmung > 94 %).
2. Den KI-eigenen Warnhinweis zur Sittenwidrigkeitsprüfung aus dem Dokument entfernt.
3. Den Schaden durch fehlende Sittenwidrigkeitsprüfung nach § 138 BGB verursacht, die das KI-Tool ausdrücklich als nicht leistbar bezeichnet hat.

Der Tatbestand des § 4 Nr. 7 AVB ist damit erfüllt.

Der Nachtrag vom 1. Juli 2023 wurde Ihnen per Einschreiben-Rückschein zugestellt (Sendungsnummer 01071023RE4471). Der Rückschein liegt uns vor.

Wir stehen für Rückfragen zur Verfügung. Wir weisen darauf hin, dass eine Deckungsklage gegen uns Ihre Möglichkeiten im Haftpflichtverfahren nicht verbessert.

Mit freundlichen Grüßen
Allianz Versicherung AG
Referat Anwaltshaftpflicht
Frau Sandra Hoppe, Schadensreferentin

Telefon: 089 / 3800 9240
E-Mail: anwaltshaftpflicht@allianz.de

Hinweis: Diese E-Mail enthält vertrauliche Informationen aus dem Versicherungsverhältnis.
Quellen: § 4 AVB Anwaltshaftpflicht 2023; § 51 BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/51.html); § 307 BGB (dejure.org/gesetze/BGB/307.html)

Datei: emails/2026-03-24_juristassist_an_kanzlei_avv.eml

Von	legal@legaltech-gmbh.de
An	dr.rotbruch@kanzlei-rotbruch.de
Datum	Tue, 24 Mar 2026 16:05:33 +0100
Betreff	JuristAssist Pro 5 — Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 DSGVO / Retroaktive Regelung

LegalTech GmbH
Legal & Compliance
Rödingsmarkt 9, 20459 Hamburg

RA Dr. Friedhelm Rotbruch
Breite Str. 112
50667 Köln

24. März 2026

Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 DSGVO — Nachreichung und Klarstellung

Sehr geehrter Herr Dr. Rotbruch,

wir beziehen uns auf Ihre Anfrage vom 20. März 2026 bezüglich des Abschlusses eines Auftragsverarbeitungsvertrags (AVV) nach Art. 28 DSGVO.

1. Aktueller AVV

Im Anhang finden Sie unseren standardisierten AVV in der Version 2026.1. Dieser entspricht den Anforderungen des Art. 28 Abs. 3 DSGVO vollständig. Bitte unterzeichnen Sie zwei Ausfertigungen und senden eine Ausfertigung zurück. Mit Unterzeichnung gilt der AVV für alle ab dem Datum der Unterzeichnung stattfindenden Verarbeitungen.

2. Retroaktive Wirkung

Wir weisen darauf hin, dass ein AVV datenschutzrechtlich prospektiv wirkt. Für Datenverarbeitungen, die vor Abschluss des AVV stattgefunden haben (hier: März 2022), schafft der nachträgliche Abschluss keine rückwirkende Rechtsgrundlage. Wir empfehlen Ihnen, einen auf Datenschutzrecht spezialisierten Anwalt hinzuzuziehen.

3. Verarbeitungsprotokoll März 2022

Sie haben in Ihrer Anfrage nach Verarbeitungsprotokollen für den 21. März 2022 gefragt. Wir haben interne Protokolle dieses Zeitraums geprüft. Aufgrund der Aufbewahrungsfrist von 36 Monaten gemäß unserer Datenschutzdokumentation sind Protokolle für März 2022 zum aktuellen Zeitpunkt (März 2026) gerade noch vorhanden. Wir behandeln diese als Geschäftsgeheimnis nach § 2 GeschGehG und werden sie nur auf gerichtliche Anordnung herausgeben.

4. KI-VO-Konformität

Wir bereiten derzeit die Konformitätsbewertung nach Art. 16 EU-Verordnung (EU) 2024/1689 für JuristAssist Pro 5 vor. Der Abschluss ist für Q4 2026 geplant, vor dem Geltungsbeginn der KI-VO für Hochrisiko-KI im August 2026.

5. Datenlöschung

Auf Ihren Antrag hin bestätigen wir, dass alle im Zusammenhang mit dem Upload vom 21. März 2022 verarbeiteten personenbezogenen Daten gelöscht wurden. Eine Löschbestätigung im Sinne des Art. 17 DSGVO ist als Anhang 2 beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

LegalTech GmbH

Abteilung Legal & Compliance

Dr. Franziska Neugebauer, Head of Legal

legal@legaltech-gmbh.de | Tel.: 040 / 322 77 900

Quellen: Art. 28 DSGVO (eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679); Art. 17 DSGVO; § 2 GeschGehG (dejure.org/gesetze/GeschGehG/2.html); Art. 16 KI-VO (eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)

Datei: emails/2026-04-15_habernau_klagevertreterin.eml

Von	wiesmann@wiesmann-bollert.de
An	ra-bremer@bremer-partner.de
Datum	Wed, 15 Apr 2026 10:14:22 +0100
Betreff	LG Köln 2 O 188/26 — Habernau ./ Rotbruch — Güetermin 15.05.2026 / Mediationsbereitschaft

RA Dr. Andreas Bremer

Kanzlei Bremer & Partner

Hohenzollernring 22

50672 Köln

Betr.: LG Köln 2 O 188/26 — Güetermin 15. Mai 2026

Unsere Ref.: WB-2026-HAB-003

15. April 2026

Sehr geehrter Herr Dr. Bremer,

ich schreibe Ihnen im Vorfeld des Güetermins am 15. Mai 2026 beim LG Köln.

Meine Mandantin, Frau Ulrike Habernau, ist grundsätzlich bereit, den Rechtsstreit im Wege eines Vergleichs zu beenden. Sie ist auf eine rasche Lösung angewiesen, da ihre finanzielle Situation durch die Scheidung erheblich belastet ist; insbesondere der fehlende Versorgungsausgleich hat direkte

Auswirkungen auf ihre Altersvorsorge.

Vergleichsrahmen unserer Mandantin:

Mindestbetrag: 130.000 EUR (einmalige Zahlung).

Alternativ: 145.000 EUR in Raten über 24 Monate (abgesichert durch Grundschild oder Bürgschaft).

Dieser Betrag berücksichtigt ein geringes Mitverschulden (ca. 5 %) unserer Mandantin, das wir nicht grundsätzlich ausschließen wollen.

Mediation:

Wir sind bereit, vor dem Gütetermin an einem Mediationsverfahren teilzunehmen, falls Ihr Mandant dies wünscht. Als Mediator schlagen wir RA Dr. Christoph Fabian, Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft Berlin, vor (§ 191f BRAO). Ein Mediationsprotokoll könnte Grundlage für einen Vergleich vor dem Gütetermin sein.

Frist:

Bitte teilen Sie mir bis zum 5. Mai 2026 mit, ob Ihr Mandant ein Vergleichsangebot in diesem Rahmen machen möchte, und ob eine Mediation in Betracht kommt. Andernfalls werden wir am Gütetermin auf Durchführung der mündlichen Verhandlung bestehen.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

RAin Dr. Petra Wiesmann
Kanzlei Wiesmann & Bollert
Appellhofplatz 23 | 50667 Köln
Tel.: 0221 / 921 340 0 | Fax: 0221 / 921 340 99
wiesmann@wiesmann-bollert.de

Quellen: § 278a ZPO (dejure.org/gesetze/ZPO/278a.html); § 191f BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/191f.html)

Excel-Tabellen

Datei: xlsx/haftungsrechnung_habernau_versorgungsausgleich.xlsx

Tabellenblatt: Haftungsrechnung

	Haftungsrechnung — Habernau ./.						
	Rotbruch — LG Köln 2 O 188/26						
	Stand: 15. April 2026 Plugin: beruf.srecht-ki-vertragspruefung						
	Abschnitt 1 — Versorgungsausgleich (Hauptschadensposition)						
	Position	Ohne Ehevertrag (EUR/Monat)	Mit Ehevertrag (EUR/Monat)	Differenz (EUR/Monat)	Jahreswert (EUR)	Barwert-faktor	Kapitalisierter Schaden (EUR)
	GRV-Anwartschaft U. Habernau (Ehezeitanteil)	312	312	0			Eigene Anwartschaft; kein Ausgleich
	GRV-Anwartschaft H.-D. Habernau (Ehezeitanteil)	488	0	488			Verzicht durch Ehevertrag
	Ausgleichsbetrag zugunsten U. Habernau (halbe Differenz)	88	0	88			Halbteilungsgrundsatz § 1 VersAusglG
	Jahreswert entgangener Versorgungsausgleich				1056		Monatsbetrag × 12

	Barwertfaktor (Tab. 9 VersAusglG, 20 Jahre Restlaufzeit, 3,5 %)					14.21	Standardfaktor
	Kapitalisierter Versorgungsausgleichsschaden					15005.76	Hauptschadensposition
	Abschnitt 2 — Gesamtschadenspositionen und Quotelung						
	Schadensposition	Bruttobetrag (EUR)	Mitverschulden 5 % § 254 BGB	Nettoanspruch (EUR)			
	Entgangener Versorgungsausgleich (kapitalisiert)	124000	6200	117800			
	Entgangener Zugewinnausgleich	48000	2400	45600			
	Mehrkosten Scheidungsverfahren (§ 280 BGB)	9800	490	9310			
	Vorprozessuale Anwaltskosten und Gutachterkosten	5200	260	4940			
	GESAMTSCHADEN (Klagforderung)	187000	9350	177650			

	Quellen: § 1 VersAusglG (dejure.org/gesetze/VersAusglG/1.html); § 254 BGB (dejure.org/gesetze/BGB/254.html); BGH XII ZR 75/22 (bundesperichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/01/XIIZR75_22.html)						
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--	--	--

Datei: xlsx/ki_einsatz_audit_checkliste_brao.xlsx

Tabellenblatt: KI-Audit Checkliste

	KI-Einsatz Audit-Checkliste — Kanzlei Dr. Rotbruch (BR AO-Konformität)					
	Prüfstichtag: 15. April 2026 Plugin: beruf-srecht-ki-vertragspruefung					
	Berufsrechtliche Anforderungen an KI-Einsatz					
	Nr.	Prüfpunkt	Rechtsgrundlagen	Status Rotbruch (März 2022)	Ergebnis	Befund
	1	AVV nach Art. 28 DSGVO mit KI-Anbieter abgeschlossen	Art. 28 DSGVO	Nicht vorhanden	FEHLT	LegalTech GmbH: nur AGB-Klausel Ziff. 9.4
	2	Verschwiegenheitsverpflichtung des KI-Anbieters (§ 203 Abs. 3 Satz 2 StGB)	§ 203 StGB	Nicht vorhanden	FEHLT	Kein gesonderter Vertrag

	3	Mandanteninformation über KI-Einsatz vor Mandatsbeginn	§ 4 BORA	Nicht erfolgt	FEHLT	Weder mündlich noch schriftlich
	4	Wirksame AGB-Klausel zum KI-Einsatz	§ 307 BGB	Unwirksame Pauschalklausel	FEHLT	Überraschend, kein Transparenzgebot erfüllt
	5	Eigenverantwortliche Prüfung des KI-Outputs vor Versand	§ 43a Abs. 1 BRAO	Nicht dokumentiert	FEHLT	94 % Textüber einstimmung KI-Output / Versand
	6	Archivierung Original-KI-Output in Handakte	§ 50 BRAO	Nicht erfolgt	FEHLT	Nur bereinigte Version in Akte
	7	KI-eigene Warnhinweise an Mandanten weitergeleitet	§ 43a Abs. 1 BRAO	Warnhinweis gestrichen	FEHLT	Bewusste Streichung dokumentiert
	8	Fortbildungsnachweis Legal-Tech (§ 43a Abs. 6 BRAO)	§ 43a Abs. 6 BRAO	Kein Nachweis 2021–2022	FEHLT	Nur Produktbr oschüre gelesen
	9	Berufshaftpflicht deckt KI-bedingte Schäden	§ 51 BRAO	KI-Ausschluss klausel (ab 2023)	EINGESCHR ÄNK	Deckungsklage gegen Allianz geplant
	10	Pseudonymisierung bei Cloud-Upload	Art. 25 DSGVO	Klarden hochgeladen	FEHLT	Vollständiger Ehevertrag mit Personaldaten
	GESAMTERGEBNIS: 9 von 10 Prüfpunkten FEHLT oder EINGESCHRÄNK				9	
	Quellen: § 43a BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html); Art. 28 DSGVO (eur-lex.europa.eu); § 203 StGB (dejure.org/gesetze/StGB/203.html); § 51 BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/51.html)					

Word-Dokumente

Datei: docx/ki_einsatzrichtlinie_kanzlei_template.docx

KI-Einsatzrichtlinie für Anwaltskanzleien

Vorlage / Template — Version 1.0 (April 2026)

§ 1 Geltungsbereich und Zweck

Diese Richtlinie gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kanzlei [NAME] und regelt den Einsatz von KI-gestützten Hilfsmitteln (KI-Tools) in der anwaltlichen Praxis. Zweck ist die Sicherstellung der Einhaltung der berufsrechtlichen Pflichten nach § 43a BRAO, der Verschwiegenheitspflicht nach § 43a Abs. 2 BRAO, der datenschutzrechtlichen Anforderungen der DSGVO sowie der Anforderungen der EU-Verordnung (EU) 2024/1689 über künstliche Intelligenz.

§ 2 Zugelassene KI-Tools

(1) Nur KI-Tools, die in der Anlage 1 zu dieser Richtlinie aufgeführt sind, dürfen für die anwaltliche Arbeit eingesetzt werden.

(2) Voraussetzung für die Aufnahme in Anlage 1 ist: (a) Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrags nach Art. 28 DSGVO; (b) Schriftliche Verschwiegenheitsverpflichtung des Anbieters; (c) Nachweis von technischen und organisatorischen Maßnahmen nach Art. 32 DSGVO; (d) Bei Hochrisiko-KI nach Anhang III KI-VO: Nachweis der Konformitätsbewertung (ab August 2026).

§ 3 Datenschutzpflichten

(1) In KI-Tools dürfen nur pseudonymisierte Mandantendaten eingegeben werden. Namen, Adressen, Geburtsdaten und Identifikationsmerkmale sind vor dem Upload zu ersetzen (z.B. "Mandant A" statt des echten Namens).

(2) Ausnahme: Bei Vorliegen eines wirksamen AVV nach Art. 28 DSGVO und einer schriftlichen Einwilligung des Mandanten gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO können Klardaten verwendet werden.

§ 4 Qualitätssicherung

(1) Jeder KI-Output muss vor der Weiterleitung an den Mandanten eigenverantwortlich geprüft werden. Die Prüfung erfolgt anhand der Checkliste in Anlage 2.

(2) Warnhinweise des KI-Tools dürfen nicht entfernt oder abgeändert werden.

(3) Der KI-Output wird in der Handakte zusammen mit dem Original-Warnhinweis und einer eigenen Prüfnote archiviert (§ 50 BRAO).

§ 5 Mandanteninformation

Der Mandant wird im Mandatsbeschreibungsschreiben schriftlich darüber informiert, welche KI-Tools eingesetzt werden, welche Daten verarbeitet werden, welche Rechte der Mandant hat (Widerruf, Auskunft, Löschung nach Art. 12–22 DSGVO) und dass der Einsatz des KI-Tools die eigenverantwortliche anwaltliche Prüfung nicht ersetzt.

§ 6 Fortbildungspflicht

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die KI-Tools einsetzen, müssen jährlich mindestens eine Fortbildung zu Legal-Tech und Datenschutz (mindestens 3 Stunden) absolvieren. Nachweise werden in Anlage 3

dokumentiert.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am _____ in Kraft und ist von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu unterzeichnen.

Anlage 1: Zugelassene KI-Tools

Anlage 2: Prüfcheckliste KI-Output

Anlage 3: Fortbildungsnachweise

Quellen: § 43a BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html); § 50 BRAO

(dejure.org/gesetze/BRAO/50.html); Art. 28 DSGVO

(eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679); Verordnung (EU) 2024/1689

(KI-VO) (eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)

Datei: docx/klageerwiderung_habernau_20188_26.docx

LANDGERICHT KÖLN

Aktenzeichen: 2 O 188/26

KLAGEERWIDERUNG

In dem Rechtsstreit

Ulrike Habernau, Venloer Str. 431, 50825 Köln

— Klägerin —

gegen

RA Dr. Friedhelm Rotbruch, Breite Str. 112, 50667 Köln

— Beklagter —

Prozessbevollmächtigter des Beklagten: RA Dr. Andreas Bremer, Kanzlei Bremer & Partner, Hohenzollernring 22, 50672 Köln

I. Sachverhalt und Klagebegehren

Die Klage ist vollumfänglich abzuweisen. Die Klägerin behauptet zu Unrecht, dass der Beklagte den Ehevertrag vom 28. April 2022 unzureichend geprüft habe. Der Beklagte hat die Vertragsprüfung eigenverantwortlich und mit der gebotenen Sorgfalt eines Fachanwalts für Familienrecht durchgeführt.

II. Keine Pflichtverletzung

Der Beklagte hat JuristAssist Pro 5 lediglich als ergänzendes Recherchewerkzeug genutzt. Die Analyse des Ehevertrags erfolgte eigenständig und auf Grundlage seiner 24-jährigen Berufserfahrung sowie seiner Kenntnisse als Fachanwalt für Familienrecht. Das BGH-Urteil XII ZR 75/22 war zum Zeitpunkt der Beratung (März 2022) noch nicht ergangen; die Vorgängerrechtsprechung (XII ZR 65/03) deutete zwar auf ein erhöhtes Sittenwidrigkeitsrisiko bei Globalverzicht hin, ließ jedoch nicht zwingend auf eine Unwirksamkeit im vorliegenden Einzelfall schließen.

III. Fehlende Kausalität

Selbst wenn eine Pflichtverletzung zu bejahen wäre, fehlt es an der haftungsbegründenden Kausalität. Die Klägerin stand bei Vertragsschluss unter erheblichem persönlichen Druck (Hochzeitsdatum fixiert; Familie des Verlobten anwesend). Sie hätte auch bei vollständiger Belehrung über ein abstraktes

Sittenwidrigkeitsrisiko den Ehevertrag unterschrieben. Der Notar hat die Klägerin ausführlich nach § 17 BeurkG über die Rechtswirkungen des Vertrags belehrt.

IV. Mitverschulden (§ 254 BGB)

Die Klägerin trifft ein erhebliches Mitverschulden. Als volljährige Person mit Abitur und Berufsausbildung konnte und musste sie die Tragweite eines umfassenden Verzichts auf Versorgungsausgleich, Zugewinn und Unterhalt erkennen. Die notarielle Belehrung hätte Anlass geben müssen, nachzufragen oder den Abschluss zu verweigern. Mitverschulden mindestens 30 Prozent.

V. Antrag

Der Beklagte beantragt:

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die Klägerin trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Köln, 10. April 2026

RA Dr. Andreas Bremer

Prozessbevollmächtigter des Beklagten

Quelle: §§ 280, 675, 254 BGB (dejure.org/gesetze/BGB); § 17 BeurkG (dejure.org/gesetze/BeurkG/17.html); BGH XII ZR 75/22 (bundesgerichtshof.de)

Datei: docx/stellungnahme_rak_koeln_ruegeverfahren.docx

Rechtsanwaltskammer Köln

Berufsrechtliche Abteilung

Az. RAK-K 2026-0188

STELLUNGNAHME ZUM RÜGEVERFAHREN

des RA Dr. Friedhelm Rotbruch, Breite Str. 112, 50667 Köln

I. Vorbemerkung

Der Unterzeichner nimmt zu den fünf Vorwürfen des Rügeschreibens der Rechtsanwaltskammer Köln vom 28. Februar 2026 wie folgt Stellung. Er erkennt an, dass der KI-Einsatz in seiner Kanzlei retrospektiv nicht allen berufsrechtlichen Anforderungen genügt hat. Er widerspricht jedoch der Wertung, dass eine schwere Pflichtverletzung vorliegt, die eine Verweisung an das Anwaltsgericht rechtfertigen würde.

II. Zu Vorwurf 1 — Eigenverantwortlichkeit

JuristAssist Pro 5 wurde nicht als Ersatz für anwaltliche Prüfung, sondern als Recherchewerkzeug eingesetzt. Die handschriftlichen Randnotizen auf dem KI-Ausdruck belegen eine tatsächliche Auseinandersetzung mit dem Dokument. Die textliche Übereinstimmung zwischen KI-Output und übersandtem Dokument erklärt sich daraus, dass das KI-Tool die wesentlichen Klauseln korrekt identifiziert hatte und keine inhaltlichen Korrekturen erforderlich waren.

III. Zu Vorwurf 2 — Datenschutz

Ein formaler Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 DSGVO lag nicht vor; dies räumt der Unterzeichner ein. Die AGB der LegalTech GmbH enthielten jedoch vergleichbare datenschutzrechtliche Zusicherungen. Ein Schaden für Frau Habernau durch die Datenverarbeitung ist nicht eingetreten und

nicht behauptet worden. Seit März 2026 besteht ein formaler AVV mit der LegalTech GmbH.

IV. Zu den Vorwürfen 3, 4 und 5

Zu Vorwurf 3 (Aufklärungspflicht): Die AGB-Klausel war nach damaliger Einschätzung branchenüblich. Der Unterzeichner hat zwischenzeitlich eine neue Mandatsbeschreibungsvorlage eingeführt, die eine explizite Information über den KI-Einsatz enthält.

Zu Vorwurf 4 (AGB-Klausel): Die Frage der Wirksamkeit der AGB-Klausel nach § 307 BGB ist rechtlich komplex. Der Unterzeichner hat die Klausel vorsorglich aus seinen AGB gestrichen.

Zu Vorwurf 5 (Versicherung): Der Unterzeichner bestreitet den Zugang des Nachtrags vom 1. Juli 2023. Eine Deckungsklage gegen die Allianz ist in Vorbereitung. Er hat zwischenzeitlich bei einem Spezialversicherer eine KI-Haftpflicht-Ergänzungsversicherung abgeschlossen.

V. Verbesserungsmaßnahmen

Der Unterzeichner hat folgende Maßnahmen bereits ergriffen: (1) Schriftliche KI-Einsatzrichtlinie (Anlage); (2) AVV mit LegalTech GmbH; (3) Überarbeitete Mandatsbeschreibungsvorlage mit KI-Informationspflicht; (4) Fortbildung Legal-Tech (DAV-Seminar, 15. März 2026); (5) Löschung der unwirksamen AGB-Klausel; (6) Abschluss KI-Ergänzungsversicherung.

VI. Antrag

Der Unterzeichner beantragt, das Rügeverfahren einzustellen, hilfsweise mit einer Rüge (§ 74 BRAO) zu beenden und von einer Verweisung an das Anwaltsgericht abzusehen.

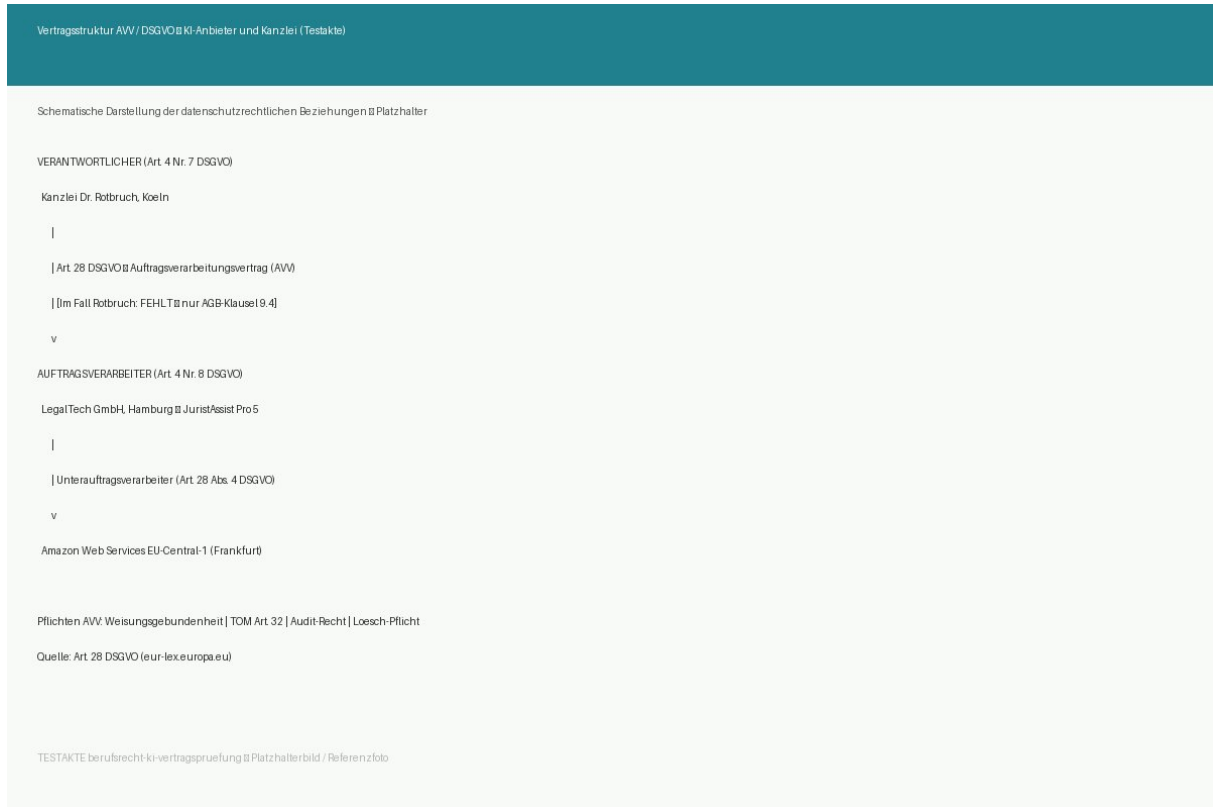
Köln, 15. April 2026

Dr. Friedhelm Rotbruch

Quellen: § 43a BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html); § 73 BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/73.html); Art. 28 DSGVO (eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679)

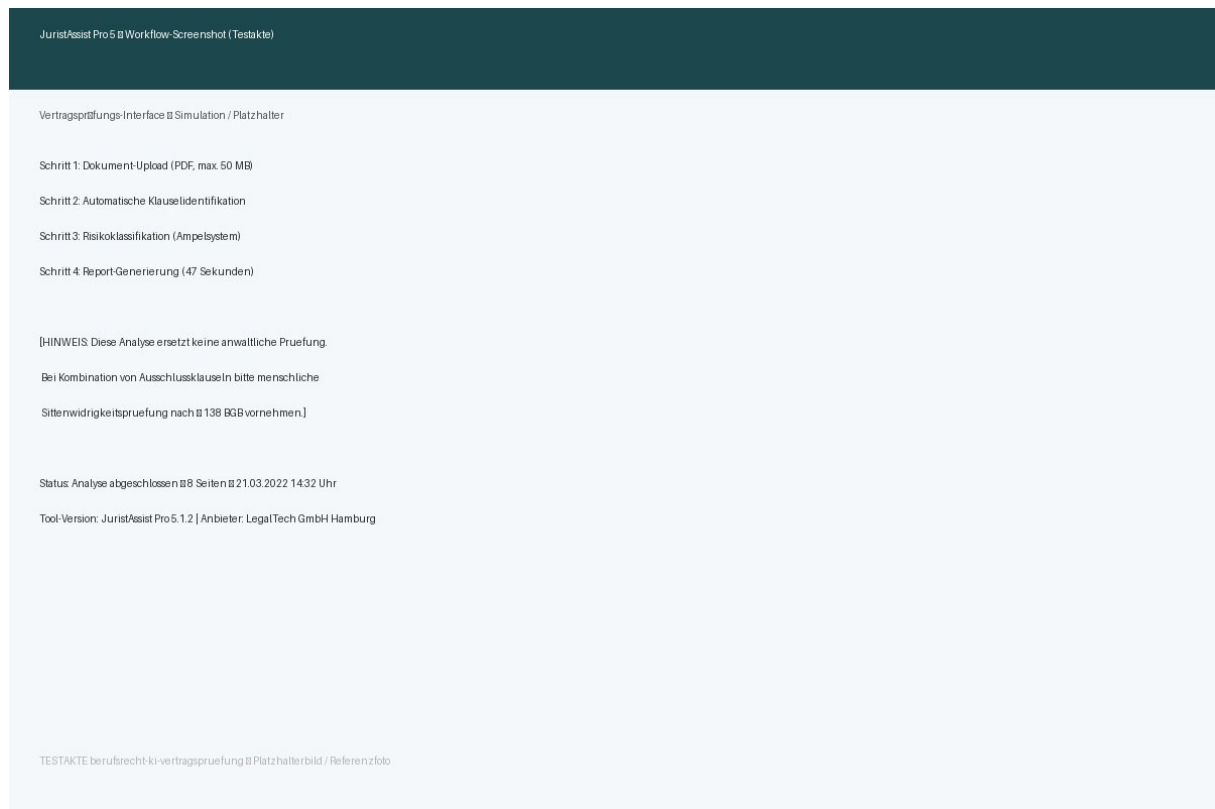
Bildanlagen und Screenshots

Datei: jpg/avv_ki_anbieter_vertragsstruktur_diagramm.jpg



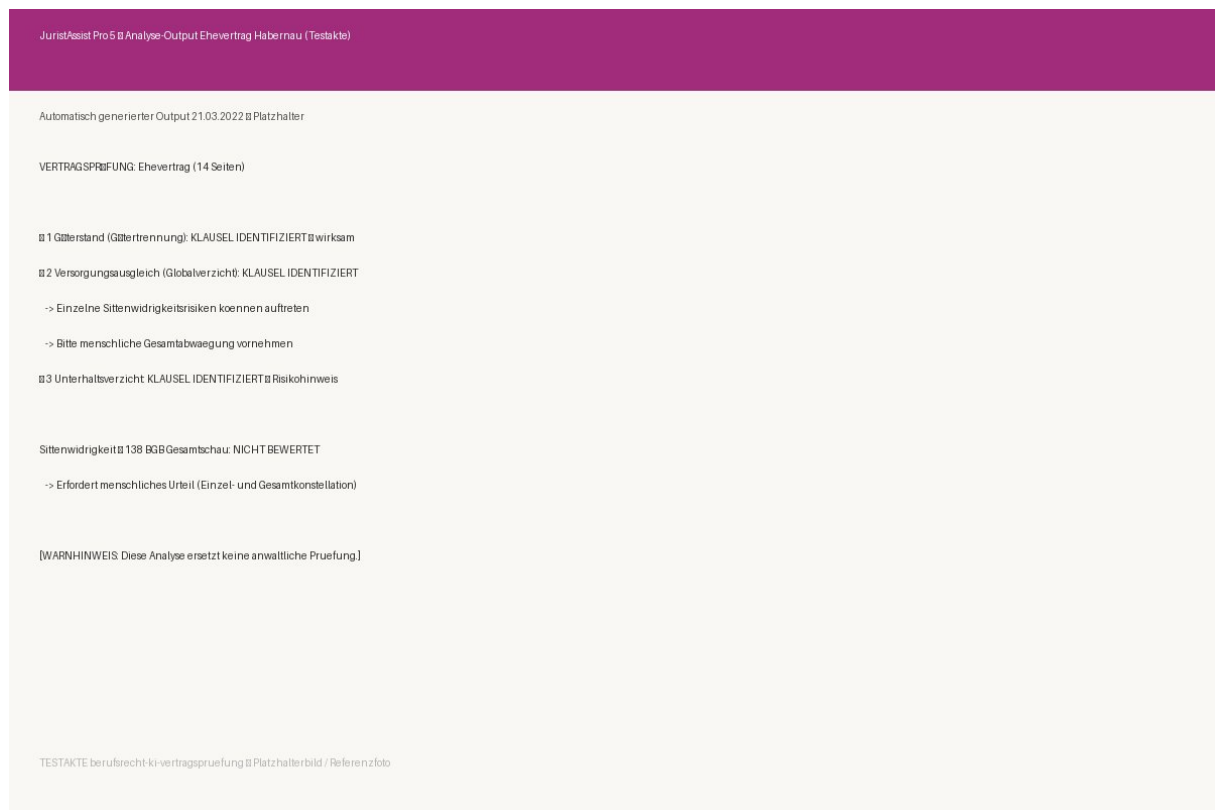
Bilddatei: avv_ki_anbieter_vertragsstruktur_diagramm.jpg

Datei: jpg/ki_workflow_juristassist_pro_screenshot.jpg



Bilddatei: ki_workflow_juristassist_pro_screenshot.jpg

Datei: jpg/vertragspruefung_output_juristassist.jpg



Bilddatei: vertragspruefung_output_juristassist.jpg

PDF-Anhang: pdfs/ehevertrag_habernau_modifikation_redacted.pdf

Datei: ehevertrag_habernau_modifikation_redacted.pdf

(Redacted — Testakte berufsrecht-ki-vertragspruefung)

Der Notar hat die Erschienenen über die rechtliche Tragweite dieser Vereinbarung eingehend belehrt, insbesondere über die Bedeutung des Verzichts auf Versorgungsausgleich, Zugewinnausgleich und nachehelichen Unterhalt. Die Erschienenen erklären, die Belehrung verstanden zu haben.

Unterschrift Ehefrau

Unterschrift Ehemann

Notarunterschrift

■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■ Habernau

Hans-Dieter Habernau

Notar Klaus Bergstedt

REDACTED — Dieses Dokument ist für die Testakte berufsrecht-ki-vertragspruefung anonymisiert. Alle schwarz markierten Stellen wurden für Testzwecke unkenntlich gemacht.

Quellen: § 1414 BGB (dejure.org/gesetze/BGB/1414.html); § 6 VersAusglG (dejure.org/gesetze/VersAusglG/6.html); § 1570 BGB (dejure.org/gesetze/BGB/1570.html); § 17 BeurkG (dejure.org/gesetze/BeurkG/17.html)

PDF-Anhang: pdfs/ruegebeschluss_rak_koeln_188_26_redacted.pdf

Datei: ruegebeschluss_rak_koeln_188_26_redacted.pdf

RECHTSANWALTSKAMMER KÖLN

Berufsrechtliche Abteilung

Az.: RAK-K 2026-0188

RÜGEBESCHLUSS (ENTWURF — REDACTED)

[Vertraulich — Nur für Verfahrensbeteiligte]

In dem Rügeverfahren gegen

RA Dr. Friedhelm Rotbruch, Breite Str. 112, 50667 Köln, Mitgl.-Nr. 19980412

beschließt der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Köln gemäß § 74 BRAO:

TENOR

RA Dr. Friedhelm Rotbruch wird wegen Verletzung seiner Berufspflichten nach §§ 43a Abs. 1, 43a Abs. 2 BRAO i.V.m. § 4 BORA sowie wegen Verwendung einer nach § 307 BGB unwirksamen AGB-Klausel eine **Rüge** ausgesprochen.

Wegen der Vorwürfe 2 (Datenschutz / Verschwiegenheit), 4 (AGB-Klausel) und 5 (Versicherungsschutz) wird die Angelegenheit zur näheren Prüfung an das **Anwaltsgericht Köln** (§ 74a BRAO) abgegeben.

GRÜNDE

I. Sachverhalt

[REDACTED — vollständiger Sachverhaltsteil entfernt für Testakte]

II. Zur berufsrechtlichen Würdigung

Vorwurf 1 (Eigenverantwortlichkeit): Der Vorstand stellt fest, dass RA Dr. Rotbruch den Output von JuristAssist Pro 5 ohne eigenverantwortliche Prüfung — insbesondere ohne Sittenwidrigkeitsprüfung nach § 138 BGB — an seine Mandantin weitergeleitet hat. Die Entfernung des KI-eigenen Warnhinweises stellt eine besonders schwerwiegende Pflichtverletzung dar, die über leichte Fahrlässigkeit hinausgeht. Die berufsrechtliche Rüge nach § 74 BRAO ist angemessen.

Vorwürfe 2, 4 und 5 überschreiten nach Auffassung des Vorstands die Schwelle zur Rüge und werden dem Anwaltsgericht zur Entscheidung übertragen.

Köln, [DATUM REDACTED]

Für den Vorstand der
Rechtsanwaltskammer Köln

RAin Prof. Dr. Ilse Weibrecht
Vorsitzende

RA Dr. Klaus Herrmann
Vorstandsmitglied

Quellen: § 74 BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/74.html); § 74a BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/74a.html); § 43a BRAO (dejure.org/gesetze/BRAO/43a.html); § 307 BGB (dejure.org/gesetze/BGB/307.html) — Redacted für Plugin-Testakte
berufsrecht-ki-vertragspruefung